

Die Feldoperationen

Südosteuropa

Die Präsenz in Albanien

[map]

Presence in Albania = Präsenz in Albanien

Gjirokaštër = Gjirokaštër

Kukës = Kukës

Shkodër = Shkodër

Tirana = Tirana

Vlorë = Vlorë

Internationale Grenzen

Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Die Präsenz half Albanien dabei, seine demokratischen Institutionen durch Reformen in den Bereichen Gesetzgebung, Rechtsprechung, Eigentumsrecht, Regionalverwaltung und Wahlen zu festigen. Daneben widmete sie sich dem Auf- und Ausbau parlamentarischer Kapazitäten sowie der Bekämpfung von Menschenhandel und Korruption. Die Präsenz unterstützte unabhängige Medien und Good Governance, leistete Hilfestellung bei der Ausbildung der Polizei und arbeitete an der Stärkung der Zivilgesellschaft. Die vier Außenstellen der Präsenz waren in die regionale und lokale Unterstützungstätigkeit und Projektarbeit eingebunden.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Präsenz ermöglichte Treffen zwischen albanischen Grenzbehörden und staatlichen Stellen mit deren Amtskollegen aus Serbien, dem Kosovo (Serbien), Montenegro und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Diese Treffen trugen zum Informationsaustausch und zur Förderung von grenzüberschreitenden Vereinbarungen im Rahmen des *Integrierten Grenzmanagements* bei. Gemeinsam mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen und der Europäischen Kommission arbeitete die Präsenz an einem Projekt zur Erstabklärung der Situation von Asylsuchenden und Migranten.

Hilfestellung für die staatliche Polizei. Die Präsenz ermöglichte mehr als 20 Polizeibeamten mittlerer Ränge aus allen zwölf Regionen eine Ausbildung zu den Themen organisierte Kriminalität, Menschenhandel, Erste Hilfe und Verkehrskontrolle. In den zwölf regionalen Polizeidirektionen unterstützte sie Aufklärungskampagnen gegen den Anbau von *Cannabis sativa*, über Menschenrechte und Verkehrssicherheit. Gemeinsam mit anderen internationalen Experten war die Präsenz bei der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über die staatliche

Polizei behilflich. Zur weiteren Verbesserung des polizeilichen Berichtswesens stellte die Präsenz mehr als fünfzig Computer samt Druckern sowie Kommunikationsausrüstung zur Verfügung.

Hilfestellung für die Grenzpolizei. Über 100 Polizeibeamte erhielten eine Einschulung im Einsatz moderner Grenzüberwachungsausrüstung. Die Präsenz führte ein Projekt betreffend Solarenergiegeneratoren durch. Die Generatoren liefern jetzt zusätzliche Energie für acht Grenzübertrittsstellen und ermöglichen damit den kontinuierlichen Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr über die albanische Grenze. Die Präsenz stellte auch regionalen Polizeidirektionen sechs Fahrzeuge und zahlreiche Computer samt Druckern zur Verfügung. Zweihundert Beamte der Grenz- und Migrationspolizei waren Nutznießer eines Projekts für englischen Sprachunterricht, durch das ihre Fremdsprachenkenntnisse verbessert werden sollten.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Unterstützung der Eigentumsreform. In Zusammenarbeit mit dem Immobilienamt bot die Präsenz Schulungen zum Auf- und Ausbau von Kapazitäten an und schloss die erste Registrierungsrunde für mehr als 20.000 Besitzungen ab, um so die Eigentumsreform weiterzubringen. Die Präsenz half der Staatlichen Agentur für Eigentumsrückgabe und Entschädigung bei der Bewertung von Grundstücken und der Schaffung einer digitalen Datenbank für die Abwicklung von Eigentumsansprüchen. Für die Erstellung einer Reformstrategie zur Vernetzung des Registrierungs-, Legalisierungs-, Rückgabe- und Entschädigungsprozesses stellte die Präsenz Gutachten zur Verfügung.

Unterstützung der Dezentralisierung und der Regionalreform. In Zusammenarbeit mit dem Europarat prüfte die Präsenz gemeinsam mit der Regierung Dezentralisierungsstrategien und setzte langfristige Prioritäten fest. Ausgehend von der Priorität der Regierung, die Verwaltung der Wasserressourcen zu dezentralisieren, bereitete die Präsenz in zwei Städten 40 Beteiligte durch Schulung auf ihre Aufgabe als örtliche Verwalter der Wasserressourcen vor.

Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung. Die Präsenz war bei der Umsetzung des *Gesetzes gegen Geldwäsche* behilflich und stellte dazu Banken der Kategorie eins und zwei Software zur Bekämpfung der Geldwäsche zur Verfügung. Sie half 14 Land- und Stadtgemeinden, die Entscheidungsprozesse in der Haushaltsplanung transparenter zu gestalten. Ferner wurde in fünf Steuerektionen ein Projekt zur Verbesserung der Steuererhebung mittels EDV-Datenbanken durchgeführt.

Förderung einer besseren Umweltbewirtschaftung. Die Präsenz förderte die Umsetzung der *Aarhus-Konvention* durch die Regierung, indem sie ein Aarhus-Informationszentrum eröffnete und einen Beirat ins Leben rief, in dem auch die Zivilgesellschaft vertreten ist. Bei sechs Regionalseminaren stellte die Präsenz bewährte Verfahren zur Lösung lokaler Umweltprobleme in Form eines Werkzeugkoffers für Abfallbewirtschaftung und Umweltverschmutzung vor. Die Präsenz ermöglichte in vier Stadtgemeinden Debatten über Probleme bei der Entsorgung von festen Abfällen, an denen mehr als 60 Interessenten der Lokalverwaltung und der Zivilgesellschaft teilnahmen.

Unterstützung für Schutz und Wiedereingliederung von Opfern des Menschenhandels. Die Präsenz unterstützte die Bemühungen der Regierung, den ersten landesweiten Plan zur

Einführung von Sozialschutzstandards für Menschenhandelsopfer zu erstellen. Sie förderte auch die Umsetzung der bestehenden Rechtsvorschriften und internationalen Standards für eine Entschädigung der Opfer. Die Einrichtung einer Datenbank zur Erfassung von Menschenhandelsfällen trug zur Verbesserung der Opferleitsysteme und der Datensammlung bei. Die Präsenz unterstützte die Regierung bei der Ausarbeitung eines Ehrenkodex mit Regeln gegen die wirtschaftliche und sexuelle Ausbeutung von Kindern im Tourismusgeschäft.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Förderung der Wahlreform. Die Präsenz leistete dem Parlamentsausschuss für die Wahlreform technische Unterstützung. Dank der Spenden ausländischer Geldgeber konnte die Präsenz dem Innenministerium und Dienststellen der örtlichen Verwaltung Beratung, Schulung und Ausrüstung für die Erstellung der Wählerlisten für die Kommunalwahlen 2007 zur Verfügung stellen. Die Präsenz war der Hauptwahlbehörde bei der Ausbildung von Mitarbeitern für die Wahlkommissionen behilflich. Im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen bot sie eine Schulung zur Gesetzeslage und zur Rolle der Polizei an. Sie förderte auch Informationskampagnen zur Wählererziehung. Gemeinsam mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte beriet sich die Präsenz ausführlich mit der Regierung, um ein mehrjähriges Projekt zur Unterstützung der Modernisierung des albanischen Personenstands- und Adressenwesens zum Abschluss zu bringen.

Stärkung der parlamentarischen Versammlung. Im Rahmen eines großen außerbudgetären Projekts war die Präsenz beim Auf- und Ausbau der Kapazitäten der Ausschüsse, Mitarbeiter und Dienststellen der parlamentarischen Versammlung behilflich, wobei sie unter anderem auch Seminare und Studienbesuche für Parlamentarier organisierte. Sie stellte ferner Hilfe und technische Ausrüstung bereit, um die Arbeit der Versammlung für die Öffentlichkeit besser zugänglich und transparenter zu machen.

Stärkung der Justiz. Zur Förderung von Transparenz und Effizienz in der Justiz veröffentlichte die Präsenz einen Bericht über den Stand der Strafrechtspflege in Albanien. In Zusammenarbeit mit der Nationalen Richterkonferenz, der Richterakademie, dem albanischen Helsinki-Komitee und dem Europarat unterrichtete die Präsenz in vier Regionen 120 Richter über die Rolle des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und das Berufsethos von Richtern. Die Präsenz unterstützte das erstinstanzliche Gericht für Schwerverbrechen durch die Einrichtung einer Website und die Schulung von Verwaltungspersonal.

Unterstützung der Rechtsreform. Die Präsenz half bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften für die Polizei, die Gleichstellung der Frau und den Zeugenschutz. Sie veröffentlichte die Verfassungsdebatten von 1998 und förderte die Transparenz im Gesetzgebungsverfahren, indem sie sechzig Nichtregierungsorganisationen (NROs) in vier Regionen Methoden zur Begutachtung von Gesetzesentwürfen erläuterte.

Förderung der Zivilgesellschaft und der Bürgerrechte. Das 2001 von der Präsenz ins Leben gerufene Netz von Entwicklungszentren für die Zivilgesellschaft, das die Beteiligung der Zivilgesellschaft am politischen Geschehen erleichtern soll, erhielt eine eigene Rechtspersönlichkeit – ein weiterer Schritt auf seinem Weg zu nationaler Eigenständigkeit. Mit Unterstützung ausländischer Geldgeber verstärkte die Präsenz die Fähigkeit der NROs zur Erfüllung ihrer Aufpasserfunktion durch Vernetzung von mehr als 100 Organisationen

und durch Verstärkung der Rolle der Zentren als Vermittler zwischen Regierung und Zivilgesellschaft. Die für die Umsetzung der von der Präsenz unterstützten *Nationalen Strategie für Menschen mit Behinderungen* zuständigen staatlichen Stellen erhielten von der Präsenz nach der Genehmigung durch die Regierung Hilfestellung in Form von technischem Know-how. Unterstützt durch Geldgeber und in Zusammenarbeit mit albanischen Institutionen konnte die Präsenz 21 Stadtgemeinden über 160 Reklametafeln zur Verfügung stellen und 1.000 Broschüren produzieren, die die Bürger über ihre wichtigsten Rechte gegenüber dem Staat informieren.

Förderung der Gleichstellung und der Rechte von Frauen. In enger Zusammenarbeit mit der Regierung, örtlichen NROs und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen war die Präsenz bei der Ausarbeitung der *Landesweiten Strategie für die Gleichstellung der Frau* behilflich. Über das von Geldgebern finanzierte Frauenberatungszentrum in Kukës leistete die Präsenz weiterhin Hilfestellung für Frauen, die Opfer von Übergriffen wurden. Über 1.500 Personen erhielten Rat und medizinische Hilfe.

Eintreten für die Rechte der Roma. Die Präsenz setzte sich weiter für die Rechte der Romagemeinde ein. Sie veröffentlichte die *Landesweite Strategie zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma* und schulte Lehrer im Umgang mit Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Schulbesuch von Romakindern stellen. Die Präsenz setzte sich für eine Bewusstseinsbildung in den Romagemeinden ein, damit diese sich in die Politik einbringen, und ermutigte insbesondere zur Eintragung in das Wählerverzeichnis und zur Teilnahme an Kommunalwahlen.

Förderung der Rechte von psychisch Kranken. In Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation veranstaltete die Präsenz für 80 Polizeibeamte in vier Regionen Schulungskurse über die Rechte psychisch Kranker.

Förderung der Schutzmaßnahmen für öffentlich Bedienstete. Um die Kompetenz der Kommission für den öffentlichen Dienst zu stärken, unterstützte die Präsenz die Veröffentlichung der Beschlüsse der Kommission aus dem Jahr 2005 und schulte die Mitarbeiter der Kommission anhand bewährter Verfahren.

Einrichtung von Selbstkontrollmechanismen in der Medienlandschaft. In Zusammenarbeit mit den Medien und dem albanischen Medieninstitut war die Präsenz bei der Abfassung eines Ehrenkodex für die Medien behilflich und richtete einen Medienethikrat ein, der die Arbeit der Medien in Bezug auf die Einhaltung professioneller Standards kontrollieren soll. Gemeinsam mit der Volksanwaltschaft und dank der Finanzierung und Unterstützung aus dem Ausland konnte die Präsenz 400 Vertreter von Kommunalverwaltungen und Medien aus elf Regionen die Umsetzung des Gesetzes über den freien Zugang zu Informationen erläutern. Sie beriet auch zwölf lokale Medienunternehmen im Hinblick auf die Förderung des örtlichen Journalismus.

Leiter der Präsenz:

Botschafter Pavel Vacek

Revidierter Gesamthaushalt: € 3.800.000

www.osce.org/albania

Die Mission in Bosnien und Herzegowina

[map]

Mission to Bosnia and Herzegovina = Mission in Bosnien und Herzegowina

Banja Luka = Banja Luka

Bihać= Bihać

Bijeljina = Bijeljina

Brčko = Brčko

Bugojno = Bugojno

Čapljina = Čapljina

Doboj = Doboj

Drvar = Drvar

Foča = Foča

Livno = Livno

Mostar = Mostar

Orašje = Orašje

Pale = Pale

Prijedor = Prijedor

Sanski Most = Sanski Most

Sarajevo = Sarajewo

Široki Brijeg = Široki Brijeg

Srebrenica = Srebrenica

Travnik = Travnik

Trebinje = Trebinje

Tuzla = Tuzla

Višegrad = Višegrad

Zenica = Zenica

Zvornik = Zvornik

Internationale Grenzen

Regionalzentrum

Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Auch 2006 überschattete der Krieg, der vor mehr als einem Jahrzehnt zu Ende ging, nach wie vor die Geschehnisse in Bosnien und Herzegowina. Die Nachrichtensendungen standen noch immer im Zeichen von Meldungen über die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen und die Entdeckung von Massengräbern und auch in der Politik drehte sich alles mehr oder minder um die Verteidigung ethnischer Interessen. Der Versuch einer Reform der Landesverfassung wäre daher im April beinahe an der Frage gescheitert, ob die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen zu weit oder nicht weit genug gingen, um diese ethnischen Interessen ausreichend zu schützen.

Das Land machte aber auch einige positiven Schritte. Im Januar wurden Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen aufgenommen. Die fast gleichzeitige Einführung der Mehrwertsteuer erhöhte die Staatseinnahmen

und führte zahlreiche Unternehmen aus der Schattenwirtschaft heraus. Im Oktober hielt das Land freie und faire Wahlen ab. Im November lud die Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) Bosnien und Herzegowina ein, sich ihrer Partnerschaft für den Frieden anzuschließen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Erfüllung der politisch-militärischen Verpflichtungen. Bosnien und Herzegowina machte weitere Fortschritte bei der Erfüllung seiner politisch-militärischen OSZE-Verpflichtungen, wobei auch bei den öffentlichen Stellen das Bewusstsein für diese Verpflichtungen wuchs. Die Mission unterstützte den Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für Anhang 1-B Artikel IV des *Friedensabkommens von Dayton* technisch und logistisch. Die Teilgebiete übertrugen in ihrer Funktion als Vertragsparteien ihre Rechte und Verpflichtungen aus diesem Artikel, der die Rüstungskontrolle zum Gegenstand hat, an den Staat – ein Schritt in Richtung Stabilität und zum Abbau der innenpolitischen Spannungen.

Obwohl die Zerstörung der überschüssigen Kleinwaffen und leichten Waffen etwas langsamer vorankam, wurde die Anzahl der Waffen- und Munitionslagerstätten weiter reduziert. Gemeinsam mit ihren internationalen Partnern begann die Mission mit der Entwicklung einer Strategie zur Schaffung wirksamer Rüstungskontrollmechanismen.

Demokratische Kontrolle der Streitkräfte. Im Hinblick auf die Stärkung der Kontrollfunktion des Parlaments über die Verteidigungspolitik unterstützte die Mission Besuche von Parlamentariern bei ihren Amtskollegen in der Slowakei, in Frankreich und in Deutschland.

Auf- und Ausbau von Institutionen. Die Mission legte den Grundstein zu einer sicherheitspolitischen Aus- und Weiterbildung für Kommunalbeamte. Ihr Vorschlag wurde vom Ministerrat von Bosnien und Herzegowina gutgeheißen. Die Mission bot sich daraufhin dem Sicherheitsministerium als technischer Berater bei der Vorbereitung des Fortbildungskurses an, der für 2007 geplant ist.

Verteidigungsreform. Obwohl ab nun innerhalb der internationalen Gemeinschaft in erster Linie die NATO für die Verteidigungsreform des Landes zuständig ist, setzte die Mission ihre Arbeit zur Unterstützung dieses gemeinsamen Ziels fort. Als Mitglied der Koordinierungsgruppe für die Verteidigungsreform stellte sie dem Verteidigungsminister Sachverständige als Berater zur Verfügung.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Reform der Kommunalverwaltung. Zur Steigerung der Effizienz und Effektivität örtlicher Verwaltungsstellen unterstützte die Mission Stadtgemeinden bei der Reform ihrer Finanz- und Personalverwaltung. Als Folge davon traten zunehmend realistische und umfassende Dokumente an die Stelle der sogenannten „Wunschlisten“, und in den meisten Stadtgemeinden fand die Debatte über den Haushalt 2007 öffentlich statt. Die Mission stellte den Gemeindeverwaltungen auch ein Haushalts- und Finanzhandbuch und Software für die Führung der Personalregister zur Verfügung, um ihnen eine effizientere Verwaltung zu ermöglichen. Neunzig Prozent dieser Stadtgemeinden empfahlen anderen Gemeinden die Verwendung dieser Software.

Arbeitsplätze und Wirtschaft. Um jungen Menschen bei der Arbeitssuche und der Gründung eigener Unternehmen behilflich zu sein, organisierte die Mission landesweit Schulungskurse für junge Selbstständige und Stellenbörsen. Dieser Initiative verdanken inzwischen über 100 Teilnehmer einen Arbeitsplatz. Um herauszufinden, welche Hindernisse der lokalen Wirtschaftsentwicklung entgegenstehen und mit welchen Strategien dagegen vorgegangen werden kann, förderte die Mission unter anderem die Bildung von Partnerschaften zwischen örtlichen Unternehmen, der Zivilgesellschaft und Stadtgemeinden.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

MENSCHENRECHTE

Recht auf angemessenen Wohnraum und Rückgabe von Eigentum. Mehr als fünf Jahre lang war die Rückgabe von Eigentum an die Besitzer und Pächter der Vorkriegszeit die Hauptaufgabe der Mission im Menschenrechtsbereich. Fast alle Anträge auf Rückgabe von im Krieg verlorenem Eigentum sind inzwischen erledigt, was eine beispiellose Leistung für ein Land darstellt, das einen derartigen Konflikt durchgemacht hat. Die meisten Menschen, die ihr Eigentum verloren hatten, kehrten entweder an ihre früheren Wohnstätten zurück oder verkauften ihr Eigentum, nachdem sie es zurückerhalten hatten.

Unterstützung der Rückkehr von Flüchtlingen in der Region. Seit 2004 arbeiten die OSZE-Missionen, die Delegationen der Europäischen Kommission und die Büros des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro gemeinsam mit den Regierungen dieser Länder daran, die Voraussetzungen für eine Rückkehr der verbleibenden Flüchtlinge an ihre früheren Wohnstätten zu schaffen. Durch die *Ministererklärung von Sarajewo zur Flüchtlingsrückkehr*, die die für Flüchtlinge zuständigen Minister im Januar 2005 abgegeben haben, verpflichteten sich die damals drei und nunmehr vier Länder dazu, Maßnahmen zu ergreifen, um „bis Ende 2006 eine Lösung für die noch verbleibende vertriebene Bevölkerung zu finden“. Die Länder kamen jedoch im Laufe dieses Jahres in dieser Frage kaum voran, da sie sich nicht auf bestimmte Maßnahmen einigen konnten.

Reform einheimischer Menschenrechtsinstitutionen. Aufgrund der komplizierten Struktur seiner Verfassung gibt es in Bosnien und Herzegowina seit mehr als einem Jahrzehnt drei getrennte Volksanwaltschaften. Seit einigen Jahren schon arbeitet die internationale Gemeinschaft an der Zusammenführung dieser drei Institutionen zu einer einzigen. Diese Bemühungen führten schließlich im März zum Erlass eines Gesetzes über die Zusammenlegung der drei Ämter. Derzeit bemüht sich eine Arbeitsgruppe, die von der Mission beraten und unterstützt wird, um die Umsetzung dieser Rechtsvorschriften in die Praxis.

Recht auf sozialen Schutz und Gesundheitsversorgung. Rentner, Arbeitslose und Angehörige nationaler Minderheiten wie zum Beispiel Roma haben oft Schwierigkeiten, Zugang zu sozialen Leistungen und zu Gesundheitsversorgung zu erhalten. Um zur Lösung dieses Problems beizutragen, wies die Mission die Behörden in diesem Jahr auf die Notwendigkeit hin, sowohl einen einheitlichen Rechtsrahmen als auch eine einheitliche Politik in Bezug auf das Recht auf soziale Unterstützung, Gesundheitsversorgung und einen angemessenen Lebensstandard zu entwickeln. Als Folge davon übernahmen immer mehr Stadtgemeinden bewährte Methoden der Sozialfürsorge.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Monitoring der Strafrechtsreform. 2003 erließ Bosnien und Herzegowina eine völlig neue Strafprozessordnung. Seither beobachtete die Mission Prozesse, um die Einhaltung dieser neuen Bestimmungen und deren Auswirkungen zu beurteilen. Sie berichtete regelmäßig über ihre Erkenntnisse, etwa in einem im Januar veröffentlichten Bericht über Absprachen im Strafverfahren.

Überwachung von Kriegsverbrecherprozessen. Auf Ersuchen des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ) beobachtete die Mission acht Kriegsverbrecherprozesse, die der IStGHJ an das Gericht des Gesamtstaats Bosnien und Herzegowina zur Durchführung des Verfahrens überwiesen hatte. Sie gab Berichte heraus, in denen die Prozesse an den Kriterien eines unparteiischen Verfahrens gemessen wurden. Die Empfehlungen der Mission führten zu Verbesserungen sowohl in der Verweisungspraxis als auch in den Verfahren zur Anpassung der Anklageschriften.

Strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen im Inland. Die Mission bemühte sich darum, in der Öffentlichkeit um Unterstützung und Vertrauen für die Rechtsprechung zu werben. Zu diesem Zweck bemühte sie sich gemeinsam mit drei örtlichen Nichtregierungsorganisationen und in Zusammenarbeit mit den Anklagebehörden des Gesamtstaates und der Teilgebiete, die Öffentlichkeit zu informieren. Im Rahmen dieser Bemühungen finanzierte die Mission einen Film über die Tätigkeit der Staatsanwaltschaften im Zuge der Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung in Fällen von Kriegsverbrechen. Sie half auch der Staatsanwaltschaft bei der Ausarbeitung einer landesweiten Strategie zur strafrechtlichen Verfolgung der zahlreichen Kriegsverbrecher, deren Prozesse noch ausstehen.

Bekämpfung des Menschenhandels. Die Mission trug mit fachlicher und rechtlicher Unterstützung zur Ausarbeitung von Protokollen für die Weiterleitung von Menschenhandelsopfern bei. Sie war auch bei der Erstellung von Aus- und Fortbildungsprogrammen für Richter und Staatsanwälte behilflich.

DEMOKRATISIERUNG

Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Regierung. Mithilfe der beträchtlichen Zuwendungen der *Agency for International Development* der Vereinigten Staaten konnte die Mission in diesem Jahr ein *Programm zur Stärkung der Legislative* für das Parlament des Gesamtstaats in Angriff nehmen. Im Rahmen dieses Programms veröffentlichte die Mission ein *Handbuch für öffentliche Anhörungen*, an dem sich Parlamentsausschüsse bei der Befragung der Bevölkerung orientieren können und mit dessen Hilfe die Zivilgesellschaft lernen soll, sich verstärkt an öffentlichen Anhörungen zu beteiligen.

Das Kommunalverwaltungsprojekt der Mission unter der Bezeichnung *UGOVOR* bzw. *Contract* hat sein erstes Jahr erfolgreich abgeschlossen. Die erste Runde des sogenannten *Beacon Scheme* – ein Programm, dessen Zielsetzung die Verbesserung der Standards in der örtlichen Verwaltung durch Feststellung und Auszeichnung hervorragender Leistungen ist – stieß auf breites Interesse, und viele Gemeinden zeigten Bereitschaft, daran teilzunehmen.

Verbesserung der Legislative und des Rechtsrahmens. In ihrem ständigen Bemühen, zur Verbesserung der örtlichen Verwaltung beizutragen, nahm die Mission an Arbeits- und Beratungsgruppen teil, die Novellen zu Rechtsvorschriften und zur Verfassung ausarbeiten. Die Mission begrüßte die Einführung der indirekten Besteuerung und eines neuen Systems für den Finanzausgleich zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen, in dessen Rahmen die Gemeinden nun direkt von einer zentralen Verrechnungsstelle dotiert werden, anstatt auf dem Umweg über verschiedene zwischengeschaltete Stellen. Die einheitliche zentrale Verrechnungsstelle ermöglicht eine überschaubare und transparente Verwaltung.

Verstärkte Einbindung der Zivilgesellschaft und Beteiligung der Bürger. Vor den allgemeinen Wahlen im Oktober unterstützte die Mission die von Bürgerorganisationen durchgeführte Kampagne unter dem Titel *Triff deine Wahl*. Auch die Initiative *Offenes Parlament* wurde weiter unterstützt; junge Menschen sollen durch diese Initiative die Möglichkeit erhalten, in Fernsehdiskussionen und bei regelmäßigen Besuchen im Parlament des Gesamtstaats Tagesthemen mit Politikern zu erörtern.

BILDUNGSWESEN

Beobachtung der Entwicklungen im Bildungsbereich. Nach wie vor mischt sich die Politik zu sehr in das Bildungswesen in Bosnien und Herzegowina ein. In manchen Teilen des Landes werden Kinder aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit von der Schulbildung ferngehalten und die Lehrpläne sind ebenfalls stark von den Volksgruppen bestimmt. Im Bemühen, die Öffentlichkeit für eine Änderung dieses Zustands zu gewinnen, trug die Mission in diesem Jahr systematisch Informationen über den aktuellen Stand des Bildungswesens zusammen und begann mit der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse. Der erste dieser Sachstandsberichte erschien unter dem Titel *Schulausschüsse in Bosnien und Herzegowina: potenzielle Interessenvertreter für Veränderung und Rechenschaftspflicht im Bildungswesen*. Darin werden die Fragen aufgegriffen, die weiterhin mit Aufmerksamkeit verfolgt werden müssen und bei denen Verbesserungen notwendig sind, damit die Rolle der Schulausschüsse gestärkt und die Einflussnahme der Politik im Bildungsbereich zurückgedrängt wird.

Unterstützung von Schülervertretungen für mehr Demokratie an den Schulen. Die Mission unterstrich die Bedeutung von Schulausschüssen und Schülervertretungen, da diese ein Instrument zur Entwicklung einer demokratischen und unpolitischen Schulkultur darstellen. Daher leistete die Mission finanzielle, organisatorische und logistische Unterstützung für die Ausbildung der Schüler im Hinblick auf die Bildung einer schlagkräftigen Schülervertretung. Eine Arbeitsgruppe entwickelte ein *Handbuch für Schülervertreter an Sekundarschulen* mit den Regeln und Verfahren, die zum Überleben und zum Erfolg der Schülervereinigungen beitragen.

Förderung von Gleichberechtigung und Nicht-Diskriminierung beim Zugang zum Schulwesen. Die Mission unterstützte auch auf politischer Ebene die Bemühungen im Lande selbst, langfristige Lösungen für die drei nach wie vor unterschiedlichen und voneinander abweichenden Lehrpläne und die drei unterschiedlichen Schulsysteme zu finden. Die Mission unterstützte den *Koordinierungsausschuss für die Umsetzung der Übergangsvereinbarung betreffend die besonderen Bedürfnisse und Rechte von Rückkehrerkindern* logistisch und durch PR-Arbeit. Sie unterstützte auch Bemühungen zur Gründung eines Rates für nationale Minderheiten. Die Hilfe bestand unter anderem aus der Veranstaltung von Konferenzen über den Unterrichts- und Bildungsbedarf von Roma und anderen nationalen Minderheiten.

WAHLREFORM

Auf Ersuchen der Hauptwahlbehörde leistete die Mission in diesem Wahljahr Hilfestellung in beratender Funktion. Durch die von der Wahlbehörde unterstützten Wahlrechtsänderungen, die das Parlament des Gesamtstaats im April erlassen hatte, wurde ein neues System für die Wählereintragung und den Schutz der Wählerrechte eingeführt. Im Oktober beurteilte die vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte entsandte Wahlbeobachtungsmission die allgemeinen Wahlen, die zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte von Bosnien und Herzegowina ausschließlich von einheimischen Wahlbeauftragten abgewickelt wurden, als im Wesentlichen im Einklang mit internationalen Normen stehend.

Missionsleiter:
 Botschafter Douglas Davidson
 Überarbeiteter Gesamthaushalt: € 18.077.00
www.oscebih.org

Die Mission in Kroatien

[map]
 Mission to Croatia = Mission in Kroatien
 Gospić = Gospić
 Karlovac = Karlovac
 Knin = Knin
 Osijek = Osijek
 Pakrac = Pakrac
 Sisak = Sisak
 Split = Split
 Vukovar = Vukovar
 Zadar = Zadar
 Zagreb = Zagreb

Internationale Grenzen
 Außenstelle
 Zweigstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Kroatien machte 2006 deutliche Fortschritte, was darin zum Ausdruck kam, dass die OSZE-Mission in Kroatien in vier programmatischen Bereichen der Mission ihr Mandat erfüllen konnte: Polizeireform, Entwicklung der Zivilgesellschaft, Medienfreiheit und politische Angelegenheiten. Als Folge dieser Entwicklung nahm die Mission in Absprache mit dem Amtierenden Vorsitzenden zu Jahresende eine Neuordnung der betreffenden Dienststellen vor.

In den beiden verbleibenden Programmbereichen, Flüchtlingsrückkehr und -integration und Rechtsstaatlichkeit, waren zwar weitere Verbesserungen festzustellen, doch sind noch weitere Fortschritte in bestimmten Bereichen erforderlich, ehe die Zielsetzungen des Mandats als im Wesentlichen erreicht bezeichnet werden können.

„Unsere Mission in Kroatien ist eine Erfolgsgeschichte. Wir erfreuen uns einer außergewöhnlich guten Zusammenarbeit mit den kroatischen Behörden und arbeiten an der Erfüllung unseres Mandats in einer Atmosphäre des Vertrauens.“

OSZE-Generalsekretär Botschafter Marc Perrin de Brichambaut bei einem Interview, das er bei einem Besuch im Hauptquartier der Mission am 29. März der Presse gab.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

FLÜCHTLINGSRÜCKKEHR

Die Flüchtlingsrückkehr stand in Kroatien auch in diesem Jahr im Zentrum der Prioritäten der Mission. Gemeinsam mit der kroatischen Regierung arbeitete die Mission darauf hin, den Flüchtlingen die Rückkehr unter annehmbaren Bedingungen zu ermöglichen.

Bis Jahresende registrierten die kroatischen Behörden rund 122.000 der 300.000 im Konflikt 1991–1995 vertriebenen ethnischen Serben als zurückgekehrt. Aus Statistiken jüngster Zeit geht auch hervor, dass nur 85.000 der ursprünglich 270.000 registrierten Flüchtlinge in Serbien geblieben sind, woraus sich schließen lässt, dass die meisten Flüchtlinge entweder nach Kroatien zurückgekehrt sind oder sich endgültig in ihrem jeweiligen Exilland niedergelassen haben.

Der Prozess des Wiederaufbaus und der Wiederinbesitznahme sowohl kroatischen als auch serbischen Eigentums stand kurz vor dem Abschluss, doch sollten alternative Lösungen zur Bereitstellung von Wohnraum für die 30.000 ehemaligen Inhaber von Eigentums-/Mietrechten, die ihres Rechtes auf eine Sozialwohnung verlustig gegangen waren, beschleunigt werden. Zu Jahresende waren erst einige Dutzend der 4.400 Anträge auf Wohnraum durch die Zuteilung einer Wohnung positiv erledigt worden.

Während des ganzen Jahres 2006 arbeitete die Mission in enger Absprache mit dem kroatischen Ministerpräsidenten an der Schaffung eines politischen Mechanismus – der sogenannten „Plattform“, auf die weiter unten eingegangen wird. Die Mission, der Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen und die Europäische Kommission unterstützten die *Ministererklärung von Sarajewo zur Flüchtlingsrückkehr*. Mit dieser Erklärung, die Anfang 2005 unterzeichnet wurde, verpflichteten sich Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro dazu, bis Ende 2006 die anstehenden politischen und rechtlichen Fragen zu lösen, die verhindern, dass die Bevölkerung in ihre Heimat zurückkehren kann. Im September kamen führende Vertreter der drei internationalen Organisationen in den vier Ländern in Zagreb zusammen und legten allen Ländern eindringlich nahe, die offenen Fragen bis Ende 2006 durch den Abschluss eines Fahrplans und eines gemeinsamen Durchführungsplans zu Ende zu bringen. Im Dezember veranstaltete die kroatische Regierung ein Treffen mit Vertretern der serbischen Flüchtlinge in Slavonski Brod.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Eines der Hauptanliegen der Mission war es, für wirksame Instrumente zu sorgen, die die Einhaltung der Rechte der Bürger sicherstellen, insbesondere die Rechte von nationalen Minderheiten, Flüchtlingen und Binnenvertriebenen. Die im Jahr 2000 begonnenen Rechts- und Verwaltungsreformen wurden auch noch 2006 fortgesetzt. Diese Reformen müssen aber noch richtig greifen, damit diejenigen, die sich an die Institutionen wenden, auch eine spürbare Veränderung bemerken. Nach wie vor gibt es gravierende Verzögerungen und Bedenken in Bezug auf die Transparenz.

Bei diesen institutionellen Reformen kommt dem Schutz der Menschenrechte nach wie vor eine zentrale Stellung zu. Die Volksanwaltschaft bemühte sich verstärkt darum, die Einhaltung von Menschenrechtsnormen sicherzustellen, während der Verfassungsgerichtshof erst in seine Rolle als Hüter der grundlegenden Verfassungsprinzipien hineinwachsen muss. Zahlreiche vor kroatischen Gerichten anhängige Verfahren betreffen die Rechte von Flüchtlingen und Vertriebenen und werden außerhalb des im Rahmen der *Erklärung von Sarajevo* laufenden Prozesses einer Lösung zugeführt.

Die Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen, einschließlich der vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien überwiesenen, stand nach wie vor im Mittelpunkt der Arbeit der Mission. Die Mission verzeichnete im Laufe des Jahres zwar Fortschritte, stellte aber auch die Notwendigkeit einer Festigung dieser positiven Entwicklung fest, um die regionale Stabilität zu stärken und die Flüchtlingsrückkehr zu erleichtern. Die Mission stellte fest, dass Straftäter nach einheitlichen Standards zur Verantwortung gezogen werden müssen, unabhängig von ihrer nationalen Herkunft. Sie forderte erneut einen besseren Zeugenschutz und unterstützende Einrichtungen, ebenso wie eine wirksamere justizielle Zusammenarbeit zwischen den Staaten und größeres Augenmerk auf die Qualität der Verteidigung vor Gericht. Sie bemängelte den unzulänglichen politischen Rückhalt für die Bemühungen der Justiz, einzelne Straftäter zur Verantwortung zu ziehen und der Straflosigkeit ein Ende zu setzen.

Schutz von Minderheitenrechten. In den vergangenen Jahren gab es beachtliche Fortschritte bei der Umsetzung der im *Verfassungsgesetz über die Rechte nationaler Minderheiten* vorgesehenen wahlrechtlichen Garantien für nationale Minderheiten. Allerdings blieb 2006 die Durchführung des *Gesetzes* in einigen zentralen Bereichen unzulänglich, wie zum Beispiel die Beschäftigung von Angehörigen von Minderheiten in der staatlichen und örtlichen Verwaltung und in der Justiz. Die Bestimmung des *Gesetzes*, die jede Diskriminierung verbietet, ist nach wie vor totes Recht.

Wahlrechtsreform. Die Regierung nahm im Laufe des Jahres die Reform der Wahlordnung in Angriff.

Im April wurde ein neues *Gesetz über die Staatliche Wahlbehörde* verabschiedet, kraft dessen eine ständige Staatliche Wahlbehörde eingerichtet wurde, die als professionelles und ständiges Organ Wahlverfahren abwickeln soll. Die Mission geht davon aus, dass die personelle Besetzung der Behörde Anfang 2007 erfolgt.

Im Rahmen ihres *Nationalen Anti-Korruptionsprogramms für 2006/2008* arbeitete die Regierung einen Gesetzesentwurf zur Parteienfinanzierung aus, der Ende des Jahres angenommen wurde.

Die letzte von drei öffentlichen Diskussionsrunden zum Thema Wahlen am 11. Dezember empfahl die Verbesserung des *Gesetzes über die Eintragung in Wählerlisten* durch Modernisierung des Systems der Wählereintragung, Klarstellung bezüglich der Stimmabgabe im Ausland und Festlegung unmissverständlicher, nichtdiskriminierender Wohnsitzkriterien sowie eine mögliche Novellierung des *Gesetzes über den ständigen Wohnsitz und den vorübergehenden Aufenthalt*.

Medienfreiheit. Die Mission und die Regierung vereinbarten drei Aktivitäten größeren Ausmaßes, um die im Rahmen des Mandates zu lösenden Medienfragen bis Jahresende zum Abschluss zu bringen. Dazu gehört die Entkriminalisierung des Tatbestandes Verleumdung, eine Novellierung des *Gesetzes über elektronische Medien* und des *Gesetzes über die Kroatianische Rundfunk- und Fernsehanstalt* und die Sorge für ein generell medienfreundlicheres Klima und größere Professionalität in den Medien.

Im Herbst wurden die Verleumdungsgesetze novelliert, für Verleumdung kann in Zukunft keine Freiheitsstrafe sondern nur eine Geldstrafe verhängt werden. Zu Jahresende übermittelte das Kulturministerium der OSZE, der Europäischen Kommission und einschlägigen Medienexperten die Abänderungen zum *Gesetz über elektronische Medien*, während die seit Langem erwartete Novellierung des *Gesetzes über die Kroatianische Rundfunk- und Fernsehanstalt* erst im Laufe des nächsten Jahres vorgelegt werden soll.

DEMOKRATISIERUNG

Anfang 2006 beschloss die Regierung, rechtliche, finanzielle und politische Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Zivilgesellschaft in Kroatien effektiv und frei funktionieren kann. Dazu gehörte nicht nur die Schaffung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft, einschließlich der Erstellung einer nationalen Strategie für die Zivilgesellschaft, sondern auch die Unterzeichnung von Kooperationsvereinbarungen zwischen örtlichen Verwaltungsstellen und NROs. Eine wesentliche Errungenschaft war die Gründung der Akademie für lokale Demokratie im September, die 16.000 Beamte und Bedienstete kommunaler und regionaler Selbstverwaltungsorgane ausbilden soll.

Polizeientwicklung. Im Juni führte das Innenministerium die zweite Phase seines Projekts „Bürgernahe Polizeiarbeit“ durch. Die zu diesem Zweck bestimmten Kontaktbeamten richteten in ganz Kroatien 20 kommunale Beiräte zur Kriminalitätsverhütung ein.

Im Frühsommer wurde das *Strafgesetzbuch* hinsichtlich der Bestimmungen gegen Hassdelikte novelliert. Polizeibeamte, die später selbst als Ausbilder gegen Hassdelikte tätig sein werden, nahmen im Februar an einem Seminar zur „Ausbildung der Ausbilder“ teil.

Mandatsbezogene Fragen zu Ende bringen

Anfang 2006 vereinbarten Ministerpräsident Ivo Sanader und der Missionsleiter einen eigenen Verhandlungsrahmen, in dem die Mission und die wichtigsten Akteure in der Regierung die mandatsbezogenen Fragen zum Abschluss bringen sollen. Diese sogenannte „Plattform“ umfasste drei getrennte monatlich stattfindende Plenarsitzungen auf Ministerebene mit den Ministerien für Justiz und Äußeres und dem für Flüchtlingsfragen zuständigen Ministerium, unterstützt durch zahlreiche Unterarbeitsgruppen.

Bei den Treffen mit dem Außenministerium ging es um fünf mandatsbezogene Fragen: Ausarbeitung der Wahlordnung, Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit, Gewährleistung der Medienfreiheit, Polizeireform und Entwicklung der Zivilgesellschaft. Diese Treffen setzten einen Prozess in Gang, der zum Abschluss der mandatsbezogenen Fragen in vier Bereichen, nämlich Politik, Medien, Polizei und Zivilgesellschaft, führte.

Toleranzförderung im Kindesalter

Gemeinsam mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Sport organisierte die Mission im Herbst einen Literatur- und Kunstwettbewerb für Kinder, um Koexistenz und Freundschaft in der Donauregion zu fördern. Das Projekt unter dem Titel *Children Together* sollte Kindern aus verschiedensten Bevölkerungsschichten helfen, Kommunikationsfähigkeit zu entwickeln und Toleranz und Verständnis füreinander zu lernen. Dieses Projekt förderte engere Beziehungen zwischen Kindern aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen und zeigte, dass es möglich ist, ohne Segregation auf die unterschiedliche Herkunft der Schüler einzugehen.

Im Rahmen des Projekts wurden künstlerische und literarische Arbeiten aus 30 multikulturellen Grundschulen in der ehemals vom Krieg betroffenen Region Ostslawonien gesammelt, in denen in kroatischer Sprache und zumindest einer anderen Minderheitensprache unterrichtet wird. Die besten Arbeiten wurden am 12. Dezember im Rahmen einer Feierstunde ausgezeichnet.

Missionsleiter:

Botschafter Jorge Fuentes

Revidierter Gesamthaushalt: € 8.359.700

www.osce.org/croatia

Die Mission im Kosovo

[map]

Mission in Kosovo = Mission im Kosovo

Kosovo Police Service School = Kosovo-Polizeischule

Gnjilane = Gnjilane

Lipljan = Lipjan

Mitrovica = Mitrovica

Orahovac = Orahovac

Peć = Peć

Priština = Priština

Prizren = Prizren

Štrpce = Štrpce

Vučitrn = Vučitrn

Internationale Grenzen

Regionalzentren

Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Die Diskussionen über den zukünftigen Status des Kosovo beherrschten das Geschehen im Jahr 2006. Die Statusgespräche in Wien weckten bei allen interessierten Parteien Erwartungen, bei den vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen (PISG) ebenso wie bei der Minderheits- und der Mehrheitsbevölkerung.

Unabhängig vom Ergebnis der Gespräche, musste die Mission, die eine eigene Komponente der VN-Übergangsverwaltung ist, ihre Arbeit fortsetzen und sich wie bisher für eine weitere Stärkung demokratischer Institutionen und Praktiken und für mehr Rechenschaftspflicht auf Regierungsseite einsetzen.

Mit zunehmender Reife der Institutionen im Kosovo strukturierte die Mission auch ihre Feldpräsenz völlig um und verlagerte den Schwerpunkt ihrer Arbeit vom Auf- und Ausbau von Institutionen auf die aktive Überwachung der Institutionen, wobei sie sich nach wie vor auch dem Auf- und Ausbau von Kapazitäten widmete. Im Sinne dieser neuen Strategie überwachten 33 Kommunalteams Organe der Legislative, der Exekutive und der Justiz im Hinblick auf die Einhaltung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Gepflogenheiten einer verantwortungsvollen Regierungsführung. Mit ihrer Berichterstattung half die Mission mit, Entwicklungen und Schwachstellen in der Arbeit der Institutionen festzustellen, und sie schlug Abhilfemaßnahmen vor.

Die Mission wird ihre Bemühungen gemeinsam mit internationalen Partnern, den PISG des Kosovo und der Öffentlichkeit fortsetzen und so zur Entwicklung einer multiethnischen Gesellschaft, in der die Bevölkerung in Frieden und Wohlstand lebt, beitragen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

MENSCHENRECHTE

Auf- und Ausbau von Kapazitäten in den Institutionen des Kosovo im Bereich der Menschenrechte. Gemeinsam mit fünfzehn PISG-Ministerien, einschließlich des Büros des Ministerpräsidenten, bemühten sich auf Menschenrechte spezialisierte Beratungsteams der Mission um die Einrichtung und Weiterentwicklung von Menschenrechtsabteilungen. Fachleute aus der Mission leisteten diesen Stellen technische Unterstützung bei der Entwicklung einer *Menschenrechtsstrategie* für jedes einzelne Ministerium; dadurch sollen sich die Maßnahmen der PISG zur Förderung der Menschenrechte in Bereichen wie Minderheiten, Rückkehr und Wiedereingliederung, Gender und Diskriminierung in jeder Form verstärken.

Durch Workshops und Seminare vermittelte die Mission den Kommunalbeamten Kompetenzen, damit diese bei ihrer täglichen Arbeit menschenrechtsverträgliche Methoden anwenden. Die Mission bot dieses Kursprogramm anschließend für Lehrer, Anwälte und Anwaltsanwärter und Studenten an. Ferner führte sie ein Projekt zur Menschenrechtserziehung in Grundschulen in Gjilan/Gnjilane und Ferizaj/Uroševac durch, das sie gemeinsam mit der slowenischen Regierung betreute.

Überwachung des Justizsystems. Die Mission überwachte die Strafrechts- und Zivilrechtspflege im Kosovo im Hinblick auf Verletzungen des innerstaatlichen Rechts und der internationalen Menschenrechtsstandards. Bei der ersten jemals durchgeführten, im April veröffentlichten Überprüfung des Zivilrechtssystems wurden das Eigentumsrecht und die Verschleppung von Gerichtsverfahren bemängelt. Die Mission sah sich auch an, inwieweit die Strafgerichte ihren seit 1999 abgegebenen Empfehlungen nachgekommen waren, und gab einen neuen Bericht über Zeugenschutz, Gerichte für geringfügige Delikte und Jugendgerichte heraus. Die Mission führte Gespräche mit Richtern aus dem ganzen Kosovo, um deren Meinung zu ihren Berichten zu hören.

Schutz von Eigentumsrechten. Die Aktivitäten zur Gewährleistung eines funktionierenden eigentumsrechtlichen Systems im Kosovo gingen in drei Richtungen: Erstens koordinierte die Mission ihre Aktivitäten in Eigentumsfragen mit den PISG im Rahmen des *Planes zur Umsetzung der Standards für den Kosovo* durch Beratung, Unterstützung bei der Koordination und bewusstseinsbildende Aktivitäten. Zweitens leistete die Mission einen Beitrag zu den technischen Bewertungen des VN-Sicherheitsrats. Drittens leistete sie fachliche Beratung in Bezug auf die Abwicklung konfliktbezogener Ansprüche, die Wiederherstellung des Grundbuchs und die Reformen im Eigentumsrecht wie etwa die Regelung von Enteignungen und die Formalisierung inoffizieller Siedlungen.

Bekämpfung des Menschenhandels. Eine Gruppe unter dem Vorsitz der Mission arbeitete einen Entwurf für ein neues, umfassendes Standardverfahren zur Identifizierung und Weiterleitung von Menschenhandelsopfern aus. Die Gruppe, in der Regierungsstellen, örtliche und internationale NROs sowie die Polizeibehörden vertreten sind, reagiert auf den gegenwärtigen Trend im Menschenhandel, der dazu geführt hat, dass die meisten Opfer aus dem Kosovo stammen und nicht in den Kosovo verschleppt werden. Ferner will die Gruppe die Mechanismen zur Unterstützung der Opfer verbessern. Im gesamten Kosovo unterstützte die Mission die Schulung von Opferanwälten, Sozialarbeitern, Polizeibeamten und NRO-Aktivisten im Hinblick auf die ordnungsgemäße Anwendung des Verfahrens in mutmaßlichen Menschenhandelsfällen.

Neue Sicherheitsstrukturen auf Dorfebene

Bei den lokalen Ausschüssen für öffentliche Sicherheit handelt es sich um beratende Organe, die für die Sicherheit der örtlichen Bevölkerung zuständig sind. Sie ermitteln effiziente Projekte und Aktionspläne, mit deren Hilfe Sicherheitsprobleme auf lokaler Ebene in enger Zusammenarbeit mit der Kosovopolizei angesprochen werden können. Örtliche Bevölkerungsgruppen arbeiten nun gemeinsam an der Entwicklung konkreter Sicherheitsprojekte. Zum Beispiel ist das kosovoserbische Dorf Partes/Partesh dabei, einen Kinderspielplatz auf einem zurzeit unbebauten Grundstück anzulegen.

Das ganze Jahr 2006 hindurch hielt die Mission für die Ausschüsse Schulungen ab für die Bereiche Mediation, Problemerkennung und Problemlösung sowie Projektdurchführung und -entwicklung.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Die Mission war beim Auf- und Ausbau der Kapazitäten der praktizierenden und angehenden Vertreter von Rechtsberufen im Kosovo behilflich. Zu den Aus- und Fortbildungs- bzw. Unterstützungsaktivitäten gehörte auch die Vorbereitung von Richteramts- und

Rechtsanwaltsanwärtern auf die entsprechenden Zulassungsprüfungen und die Fortsetzung der juristischen Fortbildungskurse für Rechtsanwälte. Die Mission beobachtete, analysierte und berichtete über den Zustand der Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen sowie über die Aktivitäten der Legislative und der Exekutive vor dem Hintergrund der zunehmenden Übertragung von Hoheitsrechten und der daraus resultierenden Rechenschaftspflicht örtlicher Institutionen. Die Empfehlungen der Mission sorgen dafür, dass Rechte nicht verletzt, Gesetze in Kraft gesetzt und Gesetzesentwürfe menschenrechtskonform angelegt werden.

Zwei Institutionen, an deren Schaffung die Mission maßgeblich beteiligt war, das Institut der Volksanwaltschaft und das Juristische Institut des Kosovo, wurden 2006 unter örtliche Oberhoheit gestellt. Die Mission setzte ihre unterstützende und beratende Tätigkeit in allgemeinen Menschenrechtsfragen für beide Institutionen fort, um weiter zur Vertiefung der theoretischen und praktischen Kenntnisse von Richtern und Staatsanwälten im Kosovo beizutragen.

GOOD GOVERNANCE

Die von der Mission und internationalen Partnern eingerichtete *Initiative zur Unterstützung des Parlaments* setzte ihre Zusammenarbeit mit dem Parlament des Kosovo fort. Die Mission war dem Präsidium der parlamentarischen Versammlung bei der Erstellung eines Reformpakets behilflich, das auch die Einführung regelmäßiger Plenarsitzungen und parlamentarischer Fragestunden umfasst. Diese Bemühungen um Rechenschaftspflicht innerhalb des Parlaments und auch gegenüber den PISG wurden gut aufgenommen und im Juni umgesetzt.

Die Mission war der parlamentarischen Versammlung des Kosovo bei der Integration in regionale Mechanismen der parlamentarischen Zusammenarbeit behilflich, wobei die Kontrolle über die Bereiche Finanzen und Sicherheit im Mittelpunkt stand.

Als Beitrag zur Regelung des künftigen Status des Kosovo ermöglichte die Mission ein umfassendes Unterstützungsprogramm, in dessen Rahmen die Verhandlungstechniken von Entscheidungsträgern aus allen Volksgruppen weiterentwickelt werden sollen. Die Mission veranstaltete auch Diskussionen zu Verfassungsfragen, bei denen Modelle erörtert wurden, die das demokratische Funktionieren der Institutionen sicherstellen sowie Menschen- und Minderheitenrechte gewährleisten sollen.

Die Korruption hört bei dir auf!

Aus Umfragen geht hervor, dass die Öffentlichkeit im Kosovo die Korruption zwar wahrnimmt, sich jedoch dagegen machtlos fühlt. Daher nehmen korrupte Praktiken immer mehr überhand und bleiben ungeahndet.

Die OSZE-Mission setzt sich für die Entwicklung einer *Antikorruptionsstrategie* und eines *Aktionsplans* ein und unterstützt das Amt des Ministerpräsidenten dabei. Seit Kurzem unterstützt sie auch die neue kosovarische Korruptionsbekämpfungsagentur, damit diese ihrer Arbeit effizient nachkommen kann. Die Agentur nimmt Korruptionsanzeigen aus der Öffentlichkeit entgegen, prüft Regierungspraktiken, erstattet dem Kosovoparlament sowie den Exekutivorganen der PISG Bericht und berät die Staatsanwaltschaft.

Unter dem Schlagwort *Die Korruption hört bei dir auf! Melde Korruptionsfälle der Korruptionsbekämpfungsagentur* entwickelte die Mission gemeinsam mit der Agentur eine Kampagne, die deren Rolle in der Öffentlichkeit publik machen und die Öffentlichkeit dazu ermutigen soll, gegen Korruption aufzutreten.

Verbesserungen in der Kommunalverwaltung. Die Mission unterstützte den Reformprozess in der Kommunalverwaltung sowohl auf zentraler als auch auf lokaler Ebene. Durch die engagierte Beobachtung der „Kommunalen Modelldienststellen“ profitierten die vorläufigen Volksvertretungen von der Beratungstätigkeit der Mission und deren Aktivitäten in Bezug auf den Auf- und Ausbau von Kapazitäten, die in Zusammenarbeit mit dem PISG-Ministerium für kommunale Verwaltung laufen. Die Arbeit dieser neuen Organe soll den Übergang zu einer dezentralisierten Kommunalverwaltung sicherstellen.

2006 führte das PISG-Ministerium für Finanzen und Wirtschaft die programmorientierte Haushaltsplanung ein, um mit diesem strategischen Planungsinstrument die Entscheidungsprozesse in der kommunalen Verwaltung transparenter zu machen. Gemeinsam mit der *US-Agency for International Development* war die Mission dem Ministerium bei der Aus- und Fortbildung leitender Beamter und der Herstellung von PR-Material für öffentliche Anhörungen zum Thema Haushaltsplanung behilflich und sie überwachte diese Anhörungen in Eigeninitiative in Bezug auf die Einhaltung der Rechtsvorschriften.

Hilfe für die Volksgruppen bei der Lösung ihrer Probleme

In 108 Dörfern in der Region Prizren führte die Mission ein Projekt unter dem Titel *Meine Gemeinde, meine Rechte* durch, das die Führungspersonlichkeiten in den Dörfern über die Verantwortung der Gemeindeverwaltung aufklären und ihnen erläutern sollte, auf welche Weise sie Anliegen an die örtlichen Behörden herantragen und Alltagsprobleme in sinnvoller Zusammenarbeit mit diesen einer Lösung zuführen können.

Nach Meinung von Isuf Nezaj, Lehrer und selbst Volksgruppenführer, hat dieses Projekt neue Möglichkeiten eröffnet. „Wir wollten über unsere Probleme sprechen, wussten jedoch nicht, an wen wir uns damit wenden sollten. Jetzt wissen wir, wer zuständig ist und an welche Behörde wir unsere Ansuchen und Vorschläge herantragen können.“

Die Mission gab auch den Anstoß zu einem Projekt unter dem Titel *Brücken der Freundschaft*, das die Kommunikation zwischen der Bevölkerung und den kommunalen Institutionen über örtliche Bürgerinitiativen institutionalisieren soll.

BILDUNG UND JUGEND

In diesem Jahr war die Mission den PISG bei der Entwicklung zweier wichtiger Regierungsprogramme und -strategien für junge Menschen im Bildungssystem aber auch außerhalb behilflich: die *Voruniversitäre Bildungsstrategie* und *Jugendpolitik und ein Aktionsplan für die Jugend im Kosovo*. Sie unterstützte das Kosovoparlament bei der Überprüfung und Neuformulierung von Rechtsvorschriften über Privatschulen und Ausbildungsnachweise.

Die Mission übernahm auch eine Führungsrolle bei der Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für eine verantwortungsbewusste Leitung und Entpolitisierung der Universität Prishtinë/Priština. Mit voller Rückendeckung durch das PISG-Ministerium für

Bildung, Wissenschaft und Technik und den Expertenbeirat der Universität war die Mission bei der Abwicklung mehrerer absolut demokratischer Wahlen behilflich, angefangen von den Wahlen der Studentenvertreter bis hin zur Wahl des Rektors.

WAHLEN

Die Hauptwahlbehörde (CEC) soll die Abwicklung der Wahlen 2007 in Eigenverantwortung durchführen und damit diese Aufgabe von der Mission übernehmen, die bisher alle vier seit 2000 abgehaltenen Wahlen betreute. Die Mission übertrug alle wahlbezogenen Aktivitäten den örtlichen Behörden und arbeitete mit Nachdruck am Auf- und Ausbau der Fähigkeiten der CEC im Hinblick auf die komplizierten technischen Verfahren zur Erstellung und Verbesserung der Wählerlisten, die Stimmabgabe außerhalb des Kosovo und den Betrieb des Wahlrechenzentrums.

Hauptwahlbehörde und Mission arbeiteten gemeinsam mit dem Wahlforum an der Erstellung der entsprechenden Wahlgesetze und -verfahren. Das Forum, ein Beirat bestehend aus Vertretern der politischen Parteien, der Minderheiten und der Zivilgesellschaft, befasste sich mit den zentralen Fragen einschließlich der Einführung offener Listen, der Wahlkreiseinteilung und der Sicherstellung einer ausgewogenen Geschlechterverteilung auf den Kandidatenlisten und in den Gemeindeversammlungen. Die Mission und das Sekretariat der CEC führten gemeinsam eine Testwahl durch, um abschätzen zu können, wie sich die Umstellung vom gegenwärtigen System geschlossener Listen zu einem System mit offenen Listen auswirken würde.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

POLIZEIAUSBILDUNG UND -ENTWICKLUNG

Unterstützung der Ausbildung und Entwicklung im Bereich der öffentlichen Sicherheit.

2006 wurde aus der ehemaligen Kosovo-Polizeischule das Zentrum des Kosovo für öffentliche Sicherheit, Ausbildung und Entwicklung, eine multidisziplinäre Ausbildungseinrichtung, die alle Einrichtungen der öffentlichen Sicherheit unterstützt – Polizei, Zoll, Strafvollzug und ärztliche Notfalldienste – und damit eine bessere Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den einzelnen Diensten fördern soll. Sie wird von einem eigenen Organ kontrolliert, dessen Aufgabe es ist, für Mindestnormen in Bezug auf Bildung und Entwicklung zu sorgen. Im Jahr 2006 nahmen über 8.400 Interessenten aus den verschiedenen für die öffentliche Sicherheit zuständigen Gruppen die Dienstleistungen des Zentrums in Anspruch.

In diesem Jahr wurden 502 neue Polizeibeamte ausgebildet, womit nunmehr 8.335 Rekruten eine Grundausbildung abgeschlossen haben; 15 Prozent davon sind Frauen und 16 Prozent kommen aus Minderheiten.

Fachausbildung und Initiativen gegen organisierte Kriminalität. Die Mission war beim Aufbau von Fachkompetenzen für den im Entstehen begriffenen Kosovo-Polizeidienst behilflich. Sie bildete Polizisten für Verwaltungs- und Führungsaufgaben, strafrechtliche Ermittlungen und Kriminaltechniken aus. Die Polizeibeamten erhielten von der Mission auch eine Unterweisung in modernen Methoden für den Umgang mit häuslicher Gewalt, bürgernahe Polizeiarbeit und die Sensibilisierung gegenüber dem Menschenhandel.

In Zusammenarbeit mit internationalen Geldgebern veranstaltete die Mission Aus- und Fortbildungskurse zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die Programme dienten dem Auf- und Ausbau der Kapazitäten von Führungskräften und erhöhten damit die Fachkompetenz des Polizeidienstes und stärkten seine Fähigkeiten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität an der Basis.

Aktivitäten zum Schutz der Bürger. Die Mission setzte ihre Unterstützung der „Lenkungsgruppe für bürgernahe Polizeiarbeit“ fort, eines Gremiums, das für Verbrechensverhütung, bürgernahe Polizeiarbeit und Aktivitäten zum Schutz der Bürger zuständig ist. Sie förderte auch die *Strategie für öffentliche Sicherheit im Kosovo* und unterstützte durch ihre *Aktionsteams für öffentliche Sicherheit* Partnerschaften zwischen der Polizei und den Bürgern. Diese Teams sollen die Kriminalitätsrate senken, die Sicherheit erhöhen und Konflikte verhindern. Sie bestehen aus rund 1.000 Personen, die aus der Polizei, der Kommunalverwaltung und den Volksgruppen kommen, sowie rund 50 Ausbildnern und waren in 16 Gemeinden tätig.

Gewährleistung von Rechenschaftspflicht im Polizeidienst

Die Polizeiaufsichtsbehörde des Kosovo ist das jüngste Ergebnis der Bemühungen der Mission zum Auf- und Ausbau von Institutionen. Diese Aufsichtsbehörde ist ein Exekutivorgan des PISG-Innenministeriums und soll die Rechenschaftspflicht im Polizeidienst verbessern, die Korruption bekämpfen und den organisatorischen Aufbau der Kosovopolizei erleichtern. Sie ist ein unabhängiges Kontrollgremium, das zu mehr Rechenschaftspflicht und Transparenz – den Grundpfeilern einer demokratischen Polizeiarbeit – beitragen soll. Eine derartige Einrichtung gibt es nirgendwo sonst auf dem Balkan. Das umfassende Programm zum Auf- und Ausbau von Kapazitäten für Inspektions- und Ermittlungsverfahren wurde von der Mission erstellt.

„Die Polizeiaufsichtsbehörde wird sich bemühen, der Kosovopolizei bei ihrer Entwicklung zu einer demokratischen Institution zur Seite zu stehen; ihre Rolle sollte als hilfreich bei der Verbesserung der Arbeit der Polizei betrachtet werden“, erläuterte PISG-Innenminister Fatmir Rexhepi.

Die erste Gruppe von 19 Inspektoren soll im Februar 2007 ihre Ausbildung abschließen. Zusätzlich zu den sechs Zwischenberichten der Polizeiaufsichtsbehörde über die Arbeit der Kosovopolizei sollte Anfang 2007 der erste Jahresbericht der Inspektion über die Arbeit der Polizei herauskommen.

Missionsleiter:

Botschafter Werner Wnendt

Revidierter Gesamthaushalt: € 32.954.700

www.osce.org/kosovo

Die Mission in Montenegro

[map]

Mission to Montenegro = Mission in Montenegro

OSCE Police Training Centre Danilovgrad = OSZE-Polizeiausbildungszentrum Danilovgrad

Podgorica = Podgorica

Internationale Grenzen

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Sieben Tage nach dem Beitritt des unabhängigen Montenegro zur OSZE richtete die Organisation am 29. Juni die Mission in Montenegro ein. Die neue Mission, die auf Wunsch des Gastlandes zustande kam, verfügt über ein breit angelegtes Mandat, das alle drei Dimensionen der OSZE abdeckt. Sie setzt das Programm des Büros in Podgorica fort, das früher Teil der Mission in Serbien und Montenegro war.

Nach dem Referendum über den staatsrechtlichen Status der Republik Montenegro am 21. Mai bestand die Hauptaufgabe der Mission darin, das Parlament, die Behörden und die Gesellschaft Montenegros beim reibungslosen Übergang zur Eigenstaatlichkeit zu unterstützen. Schritte auf diesem Weg waren die internationale Anerkennung, die Abhaltung von Parlamentswahlen, die Bildung einer Regierung, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und der Beitritt Montenegros zum Programm *Partnerschaft für den Frieden* der Nordatlantikvertrags-Organisation.

Insgesamt verliefen die Entwicklungen in Montenegro auch im vergangenen Jahr positiv, sie waren von anhaltenden Fortschritten und der zunehmenden Festigung demokratischer Reformprozesse gekennzeichnet. Die wichtigsten Errungenschaften waren die friedliche Lösung der Statusfrage, der reibungslose Austritt aus dem Staatenbund mit Serbien, die Neubildung der Regierung und der Abschluss der Gespräche mit der Europäischen Union über ein *Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen*. Die größten Herausforderungen für die Zukunft sind nach wie vor die Herbeiführung eines Konsenses über die neue Verfassung und der Aufbau der administrativen Kapazitäten, die notwendig sind, um die für die weitere Integration Montenegros in die euro-atlantischen Institutionen erforderlichen Reformen gesetzlich zu fixieren und in vollem Umfang umzusetzen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeiangelegenheiten. Die Mission war bei den laufenden Polizeireformen behilflich; sie unterstützte zu diesem Zweck die Ausarbeitung einer *Nationalen Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität* und leistete weiterhin Hilfestellung für das montenegrinische Grenzmanagement und die Einbindung des Landes in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region, die auf die *Regionalkonferenz von Ochrid über Grenzsicherung und -management* vom Mai 2003 zurückgeht.

Die Mission leistete Entwicklungshilfe für die bürgernahe Polizeiarbeit und bei der Umsetzung einiger Rechtsvorschriften wie dem *Zeugenschutzgesetz*. Mit Hilfe allgemeiner und fachspezifischer Schulungsprogramme für Polizeibeamte betreffend den Umgang mit Informanten bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und die Bewältigung grenzüberschreitender Herausforderungen durch Asyl, Migration und Menschenhandel führte die Mission kompetenzbildende Maßnahmen durch.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Wirtschaftsfragen. In enger Zusammenarbeit mit lokalen und internationalen Institutionen führte die Mission folgende Projekte durch: eine internationale Konferenz unter dem Titel *Die Rolle von Kontrollinstanzen bei der Verhütung von Korruption*, Arbeitstagen zur Bekämpfung der Geldwäsche und Unterbindung der Terrorismusfinanzierung sowie zur Verhütung des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung von Minderjährigen im Rahmen von Reisen und Tourismus und die Koordinierung von Sondereinsatzgruppen zur Bekämpfung des Menschenhandels.

Umweltfragen. Besonders hervorzuheben war hier das Projekt *Hilf mit, unsere Umwelt zu schützen*, an dem rund 1000 Volksschüler der ersten bis vierten Klassen an zwei Schulen teilnahmen. Die Aktivitäten umfassten Umwelterziehung, die Reinigung der Schulhöfe und der näheren Umgebung der Schulen, einen Umweltjahrmarkt und den Druck und die Verteilung von Informationsmaterial. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat von Podgorica, der „Montenegrinischen Kinder-Allianz“, dem öffentlichen Unternehmen für kommunale Dienstleistungen und Ministerien durchgeführt.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Minderheitenrechte. Aus dem von der niederländischen Regierung finanzierten Missionsprogramm *Entwicklung des Führungspotenzials von Roma in Montenegro* gingen die ersten sieben montenegrinischen Roma-Journalisten sowie die ersten fünf Universitätsstudenten hervor; das Programm unterstützt auch 25 Sekundarschüler und ausbaufähige und professionell geführte Roma-NROs, die sich aktiv für die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Montenegro einsetzen. Es wurde eine Stiftung für Stipendien zur Unterstützung der Ausbildung von Roma gegründet.

Politische Bildung. Zur Beschleunigung der Aufnahme des Faches politische Bildung in das formelle Bildungssystem Montenegros trug die Mission gemeinsam mit anderen örtlichen Organisationen zur Ausbildung der ersten Generation von Lehrern für politische Bildung bei.

Unterstützung des Parlaments und politische Parteien. Im Vorfeld des Referendums unterstützte die Mission in enger Abstimmung mit anderen internationalen Organisationen in Podgorica aktiv die Fortsetzung des Dialogs zwischen den beiden politischen Optionen in Montenegro – eine Notwendigkeit im Hinblick auf das Referendum über den staatsrechtlichen Status am 21. Mai.

Gleichstellung der Geschlechter. Das von der OSZE finanzierte und von der NRO *SOS Notruf für Frauen und Kinder* begonnene Programm *Koordinierte Aktionen gegen Gewalt in der Familie in Nikšić* baute ein Netzwerk zwischen Aktivisten auf, die der Gewalt in der Familie in Montenegro den Kampf angesagt haben. Das Netzwerk richtete eine Sonderarbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Zivilgesellschaft und der örtlichen Verwaltung ein.

Medienentwicklung. Die Mission setzte sich für die Verabschiedung eines *Verhaltenskodex* für die Medienberichterstattung über das Referendum ein und veranstaltete Diskussionen über nachahmenswerte journalistische Methoden. Dank dieser Förderung konnten die Medien ausgewogen und objektiv über das Referendum berichten. Zur Umsetzung des *Gesetzes über den freien Zugang zu Informationen* veranstaltete die Mission Schulungskurse für den öffentlichen Dienst und brachte das Thema durch eine offene Debatte mit Fachleuten einer

breiteren Öffentlichkeit nahe. Unter den weiteren Aktivitäten sind die Entwicklung eines Hochschullehrgangs für Journalisten und ein professioneller Kommentar zur *Strategie für den elektronischen Kommunikationsbereich* zu nennen. Gemeinsam mit dem Europarat und der Europäischen Union förderte die Mission die Selbstkontrolle der Medien durch einen Erfahrungsaustausch mit dem schwedischen Presseombudsmann und den Beitritt des montenegrinischen Rates für Selbstkontrolle zum Verband der Unabhängigen Presseräte in Europa.

Justizreform. Die Mission trug mit ihrer Hilfestellung dazu bei, wirksamere Verfahren für die Anzeige, Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung in Fällen von organisierter Kriminalität und korruptionsbezogenen Straftaten sicherzustellen, wobei der regionale Austausch von Expertise und Erfahrungen im Mittelpunkt stand. Besondere Aufmerksamkeit widmete sie der Umsetzung des *Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption*. Zur Verkürzung der übermäßig langen Dauer von Gerichtsverfahren nahm sie Programme für gerichtliche Mediation und die Kontrolle der Rechtspflege in Angriff. Die montenegrinische Richtervereinigung erhielt Unterstützung durch die Mission, die für eine Verankerung der Unabhängigkeit der Richter in der neuen Verfassung eintrat.

Menschenrechte. Die Mission trug dazu bei, in der Volksanwaltschaft die notwendigen professionellen Kapazitäten auf- und auszubauen, um Gesetzesänderungen begutachten oder einbringen zu können. Sie half Gefängnisverwaltungen bei der Umsetzung von Gesetzesreformen im Bereich des Strafvollzugs. Gemeinsam mit den Behörden arbeitete sie an der Erstellung eines *Nationalen Mechanismus für die Verhinderung von Folter* im Einklang mit dem *Fakultativprotokoll zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter*.

Missionsleiterin:

Botschafterin Paraschiva Badescu

Revidierter Gesamthaushalt (August–Dezember): € 917.300

www.osce.org/montenegro

Die Mission in Serbien

[map]

Mission to Serbia = Mission in Serbien

Belgrade = Belgrad

Internationale Grenzen

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Die ehemalige Mission in Serbien und Montenegro wurde am 29. Juni im Anschluss an die Unabhängigkeitserklärung Montenegros vom 3. Juni umbenannt und heißt nun OSZE-Mission in Serbien. Die neue Mission in Serbien setzte ihre Arbeit gemäß dem vom Ständigen Rat im Januar 2001 beschlossenen Mandat fort.

Eine der wichtigsten Aktivitäten der Mission im Jahr 2006 war die Beratung der serbischen Institutionen bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften. Sie war den staatlichen Behörden auch weiterhin dabei behilflich, den Polizeidienst so zu entwickeln, dass er verstärkt zur Rechenschaft gezogen werden kann und größere Repräsentativität aufweist. Ein umfassender Reformansatz in den Bereichen Justiz- und Rechtswesen, Gefängnisverwaltung und strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen und organisierter Kriminalität erwies sich als sehr erfolgreich. Die Mission förderte Good Governance, die Bekämpfung des Menschenhandels, Chancengleichheit, Menschen- und Minderheitenrechte, den Zugang von Flüchtlingen zur Justiz, freie Medien und eine umweltverträgliche Energiepolitik.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die Mission setzte sich für die Stärkung der rechtlichen Basis für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und die Entwicklung der Kapazitäten von Staatsanwälten und Richtern im Umgang mit komplizierten Fällen ein. Sie half mit, die neue Strafprozessordnung zu verbessern, beteiligte sich an der Ausarbeitung eines Gesetzes gegen organisierte Kriminalität sowie eines Gesetzes über den Umgang mit beschlagnahmtem Vermögen und ebnete den Weg für eine internationale Zusammenarbeit. Sie veranstaltete Fachkurse für die Grenzpolizei, lieferte Gutachten von Sachverständigen zur derzeitigen Entmilitarisierung der serbischen Grenzen und war dem serbischen Grenzschutz bei der Entwicklung der 2006 verabschiedeten *Strategie für ein integriertes Grenzmanagement* samt *Aktionsplänen* behilflich.

Kriegsverbrechen. Die Mission beobachtete Kriegsverbrecherprozesse an serbischen Gerichten und bot verschiedene Schulungsseminare und Studienbesuche für Richter und Polizeibeamte an. Sie erleichterte die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Kriegsverbrecherprozessen und führte eine Informationskampagne durch, um die serbische Öffentlichkeit über inländische Kriegsverbrecherprozesse und die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien zu informieren. Gemeinsam mit dem serbischen Staatsanwalt für Kriegsverbrechen veranstaltete die Mission Studienreisen für serbische Journalisten nach Kroatien und Bosnien und Herzegowina, wo sie Kriegsverbrecherprozesse verfolgten und Gespräche mit Opfern führten.

[box]

„Die effiziente Arbeit meines Büros, seine Öffentlichkeitswirksamkeit und insbesondere unsere fruchtbare Zusammenarbeit mit Kollegen aus Kroatien und Bosnien und Herzegowina wurde weitgehend durch die Unterstützung der OSZE-Mission in Serbien ermöglicht.“

Vladimir Vukčević, Staatsanwalt für Kriegsverbrechen in Serbien

[box]

Bekämpfung der Korruption und mehr Transparenz in der Wirtschaft. Die Mission unterstützte aktiv die durch die *Gesetze über das öffentliche Beschaffungswesen* und *über die Verhütung von Interessenkonflikten bei der Wahrnehmung eines öffentlichen Amtes* geschaffenen Institutionen, war der serbischen Regierung bei der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs für eine Korruptionsbekämpfungsbehörde behilflich und unterstützte als assoziiertes Mitglied auch weiterhin den Rat für Korruptionsbekämpfung. Die Mission förderte auch Kampagnen, die das Bewusstsein für die vorhandene Korruption schärfen sollten, mit besonderem Augenmerk auf Südserbien.

Polizeireform. Die Mission unterstützte die Durchführung einer dienstbegleitenden Fortbildung für in Südserbien eingesetzte Polizeibeamte, veranstaltete Programme zur Vermittlung von Führungsqualitäten an Polizeibeamte in leitender Funktion in den Ländern Südosteuropas und erleichterte in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Polizeiamt (EUROPOL) ein Aus- und Fortbildungsprogramm, das das Unbrauchbarmachen von illegalen Drogenproduktionsstätten zum Thema hatte. Bei der derzeit laufenden Umstellung der Polizeiakademie in ein Zentrum für polizeiliche Grundausbildung spielte die Mission eine führende Rolle.

Umwandlung der Polizeiakademie in ein Zentrum für polizeiliche Grundausbildung

Der größte Durchbruch bei der Reform der Polizeiausbildung im Jahr 2006 erfolgte mit der Bestätigung der Pläne und der politischen Zusage, aus der Polizeiakademie in Sremska Kamenica ein Zentrum für polizeiliche Grundausbildung zu machen. Die Mission war dem Innenministerium beim Auf- und Ausbau der personellen Kapazitäten für den Unterricht und bei der Lehrplanentwicklung behilflich und unterstützte dessen Bemühungen, internationale Hilfe für die dringend notwendige Sanierung der Schulgebäude zu bekommen. Die Umstellung der Akademie in Sremska Kamenica wird die Ausbildung männlicher und weiblicher Polizeianwärter für ihren Dienst an der Gemeinschaft auf eine vollkommen neue Grundlage stellen.

In Zusammenarbeit mit dem Innenministerium setzte die Mission ihre Unterstützung für die Entwicklung der bürgernahen Polizeiarbeit in ganz Serbien einschließlich der Region Südserbien fort. Auch die Förderung für ein 2004 begonnenes Projekt lief weiter, das vier Jahre dauern und Polizei, Gerichtsmediziner, Staatsanwälte und Untersuchungsrichter besser dazu befähigen soll, effiziente Tatortbesichtigungen vorzunehmen und Spuren zu sichern und auszuwerten. Die Mission bemühte sich um eine verstärkte Rechenschaftspflicht der Polizei und führte dazu Besuche in Haftanstalten mit anschließender Beurteilung sowie Arbeitstagungen durch, bei denen die Teilnehmer die zur Verfügung stehenden Korruptionsbekämpfungsmechanismen und Ermittlungstechniken kennenlernen konnten.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Strategische Wirtschaftsprojekte. Die Mission schloss ihre systematische Untersuchung der serbischen Wirtschaftskammer und ihres Netzwerks ab, die eine effizientere Präsentation der serbischen Wirtschaft auf den Finanzmärkten ermöglichen sowie ausländische Direktinvestitionen in Serbien erleichtern soll.

Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen. Die Mission unterstützte die Einrichtung von Innovationszentren in Zrenjanin (Provinz Vojvodina), in Vranje (Südserbien) und an der Universität Belgrad.

Aus- und Aufbau von Kapazitäten für Jungunternehmer. In zehn Stadtgemeinden in ganz Serbien wurden Seminare für Jungunternehmer mit Schwerpunkt auf biologischem Landbau abgehalten. Über 250 Teilnehmer nahmen 2006 an diesen Kursen teil.

Energiewirtschaft. Im Rahmen ihres *Energiesicherungsprogramms* beteiligte sich die Mission an einigen Aktivitäten zur Förderung von Wind- und Sonnenenergie. Sie stellte ein

englisch-serbisches Wörterbuch mit einem Glossar über Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen zusammen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Good Governance. Dank der Bemühungen der Mission zur Hebung der Professionalität der öffentlich Bediensteten im Parlament wurde eine neue Abteilung für Personalressourcen geschaffen und die Arbeit der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit merklich verbessert. Das Parlament übernahm zahlreiche Neuerungen in Eigenverantwortung, sodass nunmehr die zentralstaatlichen Institutionen für die Bürger zugänglich sind, und veranstaltete PR-Aktionen, in deren Rahmen Parlamentarier Schulen und Stadtgemeinden in entlegenen und ländlichen Gebieten besuchten. Die Mission leistete auch bei der Einrichtung eines Büros für die Angleichung der Rechtsvorschriften an EU-Recht Hilfestellung.

Flüchtlingsrückkehr und Integration. Der aus der *Ministererklärung von Sarajewo zur Flüchtlingsrückkehr* abgeleitete Prozess der Rückkehr und Integration von Flüchtlingen war nach wie vor das Kernstück des Menschenrechtsprogramms der Mission. Sie arbeitete eng mit den Missionen in Kroatien, Bosnien und Herzegowina und Montenegro sowie mit dem OSZE-Sekretariat zusammen. Ihre Zusammenarbeit mit dem regionalen Netzwerk von Menschenrechtsaktivisten erleichterte den Zugang zur Justiz und ermöglichte einen kompetenteren Rechtsbeistand für Flüchtlinge in der ganzen Region.

Bekämpfung des Menschenhandels. Nach der erfolgreichen Einführung des Nationalen Leitmechanismus in Serbien arbeitete die Mission auf eine verstärkte institutionelle Verankerung dieses Mechanismus sowie auf die Ausbildung von Fachleuten für die Identifizierung, Weiterleitung und direkte Unterstützung von Opfern des Menschenhandels hin.

Gleichberechtigung. Der Mission gelang es, gute Kontakte zwischen Roma-Aktivistinnen und der Nationalversammlung herzustellen. Darüber hinaus unterstützte sie eine öffentlichkeitswirksame Medienkampagne für die Wahl einer virtuellen Frauenregierung. Die Mission war der staatlichen Gleichstellungskommission bei der Ausarbeitung eines Programms behilflich, in dessen Rahmen 30 Führungskräfte des Arbeitsinspektorats für den Umgang mit geschlechtsspezifischer Diskriminierung am Arbeitsplatz ausgebildet wurden. Die gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium veranstaltete internationale Konferenz *Frauen in der Armee* bewirkte die Zusage des Ministeriums, 2007 die Pforten der Militäarakademie auch für weibliche Kandidaten zu öffnen.

Integration und Besserstellung von Roma und Sinti

Die Integration und Besserstellung von Roma und Sinti ist im ganzen OSZE-Bereich ein vorrangiges Anliegen. Im September unterstützte die Mission in Serbien den Besuch eines Netzwerks von Roma-Aktivistinnen in der Nationalversammlung. Im Rahmen von Treffen mit Parlamentsabgeordneten konnten Roma-Aktivistinnen den gewählten Vertretern die Probleme von Roma-Frauen näherbringen.

„Ich würde diesen Besuch in der Nationalversammlung als historisch bezeichnen“, sagte Nataša Pavlović Perišić, Vorsitzende einer Frauen-NRO aus dem west-serbischen Valjevo namens *Hora*. „Als direkte Folge dieses Besuches gibt es nun zum allerersten Mal in Serbien eine Romavertreterin, die auf einer Parteiliste für die

Parlamentswahlen im Januar 2007 kandidiert.”

Im Rahmen einer Folgeveranstaltung im November gelang es der Mission, Abgeordnete des serbischen Parlaments und Vertreter staatlicher Behörden zu einem Besuch von Romasiedlungen in Westserbien zu bewegen. Die Delegation kam mit örtlichen Behörden und Romaaktivisten zusammen, um nach Wegen zur Verbesserung der Bildungschancen, der Arbeitssituation und der medizinischen Versorgung zu suchen.

Sonja Lokar, die Vorsitzende der Sonderarbeitsgruppe Gender des *Stabilitätspakts für Südosteuropa* berichtete: „Romavertreterinnen erzählten mir mit großem Stolz von ihrem erfolgreichen Zusammentreffen mit serbischen Abgeordneten, das mit Unterstützung der Mission in Serbien zustande kam, und über den anschließenden Besuch serbischer Parlamentarier in Romasiedlungen in Westserbien. Ich beglückwünsche die Mission zu ihrer erfolgreichen Arbeit im Hinblick auf den Aus- und Aufbau der Kapazitäten von Romafrauen in diesem Land.“

Schutz nationaler Minderheiten. Die Mission arbeitete eng mit der Regierung, den Minderheitenräten und der Zivilgesellschaft zusammen, um die Einbindung von Minderheiten in die Entscheidungs- und politischen Prozesse zu fördern. Über ihr Büro in Südserbien ebnete die Mission den Weg für eine Absprache mit den politischen Parteien der Albaner über ihre Teilnahme an den Parlamentswahlen im Januar 2007. Es war das erste Mal seit 1990, dass die albanische Minderheit sich zur Teilnahme an diesem eminent wichtigen politischen Prozess bereit erklärte.

Justizreform. Die Mission unterstützte die Ausarbeitung und Durchführung der *Nationalen Strategie für eine Justizreform*, die im Mai verabschiedet wurde. Gemeinsam mit dem Justizministerium und den richterlichen Organen setzte sich die Mission für die Verstärkung der Kapazitäten der Gerichte und des Gerichtspersonals ein. Sie half auch mit, das Ausbildungszentrum für Richter mit neuem Schwung zu erfüllen und seine Kompetenz zu vergrößern und unterstützte Aus- und Fortbildungsinitiativen. Sie förderte die Entwicklung berufsständischer Vertretungen für Richter und Staatsanwälte und trat für eine Mitgliedschaft in diesen Verbänden ein.

Menschenrechtsinstitutionen. Die Mission nahm ein Programm zum Auf- und Ausbau von Kapazitäten für eine Vernetzung kommunaler Volksanwaltschaften in Angriff, um deren Rolle für den Schutz der Bürgerrechte auf Ebene der lokalen Selbstverwaltungen, Gemeinden und Städte zu verstärken. Die Mission setzte ihre Unterstützung für die Volksanwaltschaft in der Provinz Vojvodina fort.

Gefängnisreform. Gemeinsam mit der Gefängnisverwaltung des Justizministeriums arbeitete die Mission daran, das Gefängniswesen durch die Schaffung eines neuen rechtlichen Rahmens, der in ein *Gesetz über die Vollstreckung strafrechtlicher Sanktionen* und einige Durchführungsverordnungen eingebettet sein soll, in ein modernes Strafvollzugssystem überzuführen. Sie unterstützte auch weiterhin die Aus- und Fortbildung des gesamten im Strafvollzug tätigen Personals und bot Programme für den Unterricht von Strafgefangenen und zur Verbesserung der medizinischen Betreuung in allen Hafteinrichtungen an. Ein besonderes Anliegen war der Mission ferner, die Verwaltung des Strafvollzugs bei der Entwicklung eines Konzepts für alternativen Strafvollzug zu unterstützen.

Medienreform. Da die derzeitige Vergabe von Lizenzen an private elektronische Medien und die Frequenzuteilung ganz wichtige Themen sind, unterstützte die Mission die einschlägigen Gremien und interessierten Parteien durch Beratung in Rechtsfragen. Beide öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, Radio-TV Serbien und Radio-TV Vojvodina, durchlaufen derzeit einschneidende Veränderungen, wobei die Mission Gutachten von Sachverständigen für die Neuorganisation und die Verbesserung der Qualität und Vielfalt der Programme lieferte. Bei der Förderung der Informationsfreiheit war die Mission federführend, indem sie die Umsetzung des *Gesetzes über den freien Zugang zu Information* unterstützte. Sie organisierte eine Reihe von Lehrwerkstätten für Journalisten und Redakteure. Auch 2006 waren der Auf- und Ausbau von Kapazitäten in den Medien und die Zusammenarbeit mit berufsständischen Journalistenverbänden eine zentrale Aktivität.

Missionsleiter:

Botschafter Hans Ola Urstad

Revidierter Gesamthaushalt: € 8.585.000

www.osce.org/serbia

Die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

[map]

Spillover Monitor Mission to Skopje = „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

Kumanovo = Kumanovo

Skopje = Skopje

Tetovo = Tetovo

Internationale Grenzen

Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Das herausragendste Ereignis des Jahres 2006 waren die Parlamentswahlen im Juli mit dem nachfolgenden Regierungswechsel. Trotz der neuen Führung des Landes änderte sich nichts an dessen Bekenntnis zum Reformprozess und zur künftigen Teilnahme an den euro-atlantischen Organisationen. Für die Mission bedeutete das ein Jahr, das in erster Linie der Umsetzung verschiedener für den Reformprozess wesentlicher Rechtsvorschriften und nationaler Grundstrategien gewidmet war. 2006 war auch das weichenstellende erste Jahr der Anwendung von Gesetzen betreffend Dezentralisierung, Justizreform, Rundfunk und andere Bereiche.

Einerseits verlagerte die Mission in diesem Jahr ihren Schwerpunkt von der Hilfestellung bei der Ausarbeitung von Gesetzen auf die Unterstützung ihrer Umsetzung, doch schlug sie ganz bewusst einen Weg ein, der zur Bereitstellung der Instrumente führte, mit deren Hilfe die Partner im Inland, angefangen von Ministerien bis hin zu Nichtregierungsorganisationen,

selbst die Verantwortung für Aktivitäten in Sachen Ausbildung, Überwachung und Interessenvertretung, die zuvor von der OSZE unterstützt wurden, übernehmen können.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeireform. Eines der besten Beispiele für die Übernahme von Aufgaben durch inländische Partner war die Grenzpolizei, die erst vor Kurzem von einer militärischen Einheit in einen Teil des Polizeidienstes umgewandelt wurde. Anfänglich führte die Mission eine Grundausbildung für Beamte der Grenzpolizei durch, doch in diesem Jahr richtete die Grenzpolizei regionale Aus- und Fortbildungskoordinatoren ein und die Mission begann mit der Schulung von Ausbildnern, die ihrerseits in Zukunft die Aufgabe übernehmen werden, die fachlichen Kenntnisse ihrer Kollegen weiterzuentwickeln.

Um dem Land bessere Möglichkeiten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu geben, stellte die Mission Aus- und Fortbildung für Polizeibeamte zu den Fragen Geldwäsche, Observation, Identifizierung von Suchtgiften und anderen wichtigen Themen zur Verfügung. Sie organisierte auch einen Studienbesuch für leitende Beamte des Innenministeriums, die sich in der schottischen Polizeiakademie mit den Ausbildungsmethoden vertraut machen konnten.

[box]

„Ich bin unserer Grenzpolizei sehr dankbar, sie ist sehr wichtig für uns. Früher, als sie noch Teil der Streitkräfte war, kamen sie vielleicht einmal im Jahr bei uns vorbei, doch jetzt ist die Grenzpolizei täglich zu sehen und hilft uns. Früher wurde mehrmals in die Kirche eingebrochen, es wurden auch Tiere gestohlen und es wurde in unsere Häuser eingebrochen, doch das hat sich jetzt geändert. Das ist nicht nur für uns, sondern für das ganze Land gut.“

Lenka Jankova aus dem Dorf Bajkovo

[box]

[box]

Parlamentswahlen

Die Parlamentswahlen des Jahres 2006 waren die ersten, die nach der neuen *Einheitlichen Wahlordnung* abgewickelt wurden. Die Mission hatte dabei insofern eine Schlüsselrolle inne, als sie den Gesetzgebern bei der Umsetzung der Empfehlungen des BDIMR in diesem wichtigen Gesetz behilflich war. Während das Gesetz noch in Vorbereitung war, veranstaltete die Mission eine Reihe von regionalen politischen Diskussionsrunden, wobei sie von der Regierung Norwegens unterstützt wurde. Über 500 führende Parteipolitiker und Aktivisten nahmen an diesen Diskussionsrunden auf zentraler und kommunaler Ebene teil, in deren Rahmen offen erörtert wurde, wie man Unregelmäßigkeiten verhindern und auf welche Weise die Gesprächsbasis zwischen den einzelnen Parteien verbessert werden kann. Gleichzeitig trat das von der Mission unterstützte Programm *Frauen schaffen es* mit Nachdruck für eine Frauenquote auf den Listen der wahlwerbenden Parteien ein und arbeitete darauf hin, mehr Frauen zur Teilnahme an Wahlen zu bewegen. Im neuen Parlament haben Frauen 28 Prozent der Mandate inne.

[box]

Überwachung und Frühwarnung. Den vertrauensbildenden Beobachtern der Mission kam eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Polizeireform und bei der Dezentralisierung von

Verwaltungsaufgaben zu. Sie waren auch ganz wesentlich für die Frühwarnung in Bezug auf Gewalttaten und zunehmende Spannungen im Vorfeld der Wahlen, wodurch die internationale Gemeinschaft und die politischen Führungskräfte rasch tätig werden und eine Eskalation verhindern konnten.

Die Beobachter der Mission befinden sich vor Ort und stehen in täglichem Kontakt mit Vertretern der örtlichen Verwaltung, Polizeibeamten, religiösen Führern und einfachen Bürgern. 2006 wählte die Mission einen wissenschaftlicheren Ansatz und führte Umfragen zu zwei Schlüsselthemen durch: bürgernahe Polizeiarbeit und Dezentralisierung. Die bei diesen Umfragen erhobenen Daten waren in zweierlei Hinsicht wichtig: einerseits zur Beurteilung des Erfolgs bisheriger Aktivitäten und andererseits als Richtlinie für weitere Aktionen.

Dezentralisierung. Einer der wichtigsten Meilensteine des Jahres 2006 war der Abschluss des ersten Jahres der Machtübertragung von der Zentralregierung an die Gemeindeverwaltungen. Die Mission hatte sich sehr stark für die Unterstützung dieses Prozesses engagiert, da er, wie andere auch, durch das *Rahmenabkommen von Ochrid*, das den Konflikt im Jahr 2001 beendete, beschleunigt wurde. Eine von der Mission durchgeführte Umfrage in einzelnen Gemeinden ergab, dass die Dezentralisierung überall erfolgreich war, zeigte jedoch auch, dass die unzureichende Finanzierung der neuen Kompetenzen den Prozess nach wie vor zu gefährden droht. In der ersten Jahreshälfte bildete die Mission kommunale Finanzreferenten in Fragen der Haushaltsplanung und Berichterstattung aus und konzentrierte sich danach auf das Thema der Einnahmen und Steuererhebung, um so die finanzielle Lage der Gemeinden zu verbessern. Über 370 Gemeindebedienstete schlossen die Ausbildung ab. Diese Bemühungen gingen Hand in Hand mit der Veröffentlichung von Handbüchern für Gemeindebedienstete zu den Themen Haushaltsplanung, Berichterstattung, Steuern und interne Prüfung.

Die Dezentralisierung gibt den Bürgern die Möglichkeit, direkter am lokalen Entscheidungsprozess teilzunehmen. Sie bildet den Schwerpunkt der Bemühungen der Mission zur Unterstützung der Politik der Zentralregierung und des Verbandes kommunaler Selbstverwaltungsorgane. Die Mission förderte ganz unterschiedliche Mechanismen, die den Menschen eine wirksame Teilnahme am politischen Leben auf kommunaler Ebene ermöglichen. Ein Beispiel dafür sind die Gleichstellungskommissionen, die es nun in mehr als der Hälfte der Gemeinden gibt. Sie sind ein wichtiger Teil des Beschlussfassungssystems auf kommunaler Ebene. Die Mission leistete auch wichtige Hilfestellung beim Aufbau von Kapazitäten in den für die Beziehungen zwischen den Volksgruppen zuständigen Ausschüssen, die in den meisten ethnisch gemischten Gemeinden eingerichtet wurden, um dafür zu sorgen, dass alle Volksgruppen eingebunden werden.

Die Kommissionen und Ausschüsse sind klare institutionelle Mechanismen, über die die Bürger Einfluss auf die kommunale Verwaltung nehmen können. Im Bildungsbereich hingegen gibt es keinen so klaren Mechanismus. Vor dem Hintergrund heftiger Mediendiskussionen über die Finanzierung von Schulen und Renovierungsarbeiten und über die Bestellung von Direktoren führte die Mission ein vielfältiges Projekt durch, das auf lokaler Ebene Spannungen abbauen und die Auseinandersetzungen in konstruktive und lösungsorientierte Bahnen lenken sollte. Zuerst veröffentlichte die Mission ein Handbuch über Bildung und Dezentralisierung, das weite Verbreitung fand, im Anschluss daran organisierte sie eine aus sechs Veranstaltungen bestehende Diskussionsrunde, an denen Mitglieder von Elternvereinen, Lehrkräfte, Gemeindebeamte und Vertreter der einschlägigen Ministerien teilnahmen; dabei ging es um konkrete Lösungsmöglichkeiten für Bildungsfragen

auf lokaler Ebene. Und schließlich nahm die Mission Aktivitäten auf, um Eltern- und Lehrervertretungen ein größeres Mitspracherecht in lokalen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

Der Erlass des neuen *Polizeigesetzes* leitete eine Phase der Dezentralisierung in der Polizei ein. Im Rahmen der neuen Struktur werden Örtliche Ausschüsse für Verbrechenverhütung gemeinsam mit der Polizei auf eine Verbesserung der Sicherheit auf lokaler Ebene hinarbeiten. Die Mission führte Einführungskurse für die Mitglieder der über siebzig Bürgerbeiräte durch, deren Entwicklung sie in den letzten Jahren im Rahmen ihres *Programms für bürgernahe Polizeiarbeit* unterstützt hatte. Über diese Beiräte, die es den Volksgruppenführern, Vertretern der lokalen Verwaltung und interessierten Bürgern ermöglichen sollen, auf direktem Weg Kontakt mit der örtlichen Polizei zu halten, kann die Öffentlichkeit in die künftigen Ausschüsse für Verbrechenverhütung eingebunden werden.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Justizreform. Nach der Verabschiedung der notwendigen Verfassungsänderungen und dem Erlass eines Großteils der maßgeblichen Rechtsvorschriften konnte sich die Mission auf die technischen Aspekte der Durchführung der Justizreform konzentrieren. Sie half bei der Einrichtung und feierlichen Eröffnung der Juristischen Akademie und hielt auch Fortbildungsveranstaltungen für Richter und Staatsanwälte ab, um sie besser auf ihre Arbeit an den Sondergerichten vorzubereiten, die nun Teil des Rechtspflegesystems sind. Die Mission arbeitete mit denjenigen zusammen, die sich auf organisierte Kriminalität spezialisieren, und half den Richtern, sich auf die Abtretung von Fällen durch den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien vorzubereiten.

Von der Justizreform erhofft man sich unter anderem, dass Bürger größeres Vertrauen in die Rechtsprechung entwickeln und so wurden in diesem Jahr erste Schritte gesetzt, um die Transparenz und Effizienz der Gerichte zu erhöhen. Gemeinsam mit Richtern und deren Mitarbeitern erstellte die Mission einen Jahresbericht für jeden einzelnen Gerichtshof und präsentierte diese Berichte der Öffentlichkeit als eine sinnvolle und allgemein zugängliche Dokumentation über die Arbeit der Rechtsprechung. Auf Initiative einiger Berufungsrichter war die Mission auch bei der Entwicklung einer Software für die Zuweisung der Fälle, bei ihrer Installierung an allen Gerichten und der Einschulung des Personals behilflich. Diese Software ermöglicht nicht nur eine effizientere Zuteilung der Fälle, sondern verhindert auch eine ungebührliche Einflussnahme auf den Prozess.

Bekämpfung des Menschenhandels. Nach der Erstellung eines nationalen Aktionsplans stand dessen Umsetzung nun im Mittelpunkt des Kampfes gegen den Menschenhandel. Für die Mission bedeutete das, sich vorrangig dafür einzusetzen, dass das nationale Leitsystem seine Funktion vollständig erfüllt. Ein zentraler Aspekt war die Ausbildung der Mitarbeiter jener Anlaufstellen, mit denen Opfer des Menschenhandels vermutlich zuerst in Kontakt kommen, nämlich Sozialarbeiter, Polizeibeamte und Vertreter einschlägiger Nichtregierungsorganisationen, die zur Identifizierung und korrekten Weiterleitung der Opfer herangezogen werden sollen.

Ein weiterer wesentlicher Teil der Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels ist ein verlässliches Zeugenschutzprogramm. Die Mission arbeitete an der Entwicklung der fachlichen Kompetenzen der Dienststelle für Zeugenschutz im Innenministerium und an der

Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Partnerstellen in den Herkunftsländern der Opfer des Menschenhandels.

Stärkung lokaler Partner. Bei ihren Bemühungen um eine weitere Stärkung der Rechtsstaatlichkeit im Lande arbeitet die Mission schon seit Jahren eng mit bestimmten inländischen Organisationen zusammen, um deren Fähigkeit auszubauen, Aufgaben wie Monitoring, Berichterstattung, Lobbying und Rechtshilfe wahrzunehmen. In diesem Jahr konzentrierte sich die Mission auf die Stärkung der organisatorischen Funktion und die Verbesserung der Aussicht auf Nachhaltigkeit dieser Organisationen. Am weitesten gediehen unter diesen Gruppen ist das Netzwerk zur Unterstützung der Menschenrechte, das aus fünf Organisationen besteht, die Rechtshilfe und Interessenvertretung bei individuellen Menschenrechtsverletzungen anbieten. Ab Jahresende 2006 wird dieses Netzwerk in seinen Kernaktivitäten nicht mehr von der Unterstützung Mission abhängen.

Die Mission erhob bei insgesamt 27 im Bereich der Rechtsstaatlichkeit tätigen lokalen Partnern den Bedarf an Auf- und Ausbau von Kapazitäten und das Nachhaltigkeitspotenzial. Diese Evaluierung lieferte eine solide Grundlage für die Planung künftiger Aktivitäten mit diesen Gruppierungen. Mithilfe der *Swedish International Development Agency* setzte die Mission auch ihre Unterstützung für die Volksanwaltschaft fort und bot Aus- und Fortbildung für die Mitarbeiter an, richtete eine internationale juristische Bibliothek mit mehr als 300 Publikationen ein und war bei der Vernetzung der Regionalbüros behilflich.

Medienentwicklung. Das erste Jahr der Durchführung des *Rundfunkgesetzes* war durch einige Erfolge aber auch Misserfolge gekennzeichnet. Die Mission unterstützte die Durchführung dieses Gesetzes durch Bereitstellung umfangreicher technischer Hilfe für die Rundfunkaufsichtsbehörde. Es war zum Teil dieser Unterstützung zu verdanken, dass die Fristen für die maßgeblichen Beschlüsse und Verordnungen, die das *Gesetz* fordert, eingehalten werden konnten. Andererseits geriet der öffentlich-rechtliche mehrsprachige Sender in der zweiten Jahreshälfte in eine schwere Krise, als das gesetzlich vorgesehene Finanzierungssystem nicht die notwendigen Einnahmen brachte. Die Mission behielt die Entwicklung im Auge, als ein länger dauernder Streik der Mitarbeiter wegen der Nichtauszahlung von Gehältern zur Konfrontation mit den neu gewählten Führungsgremien der Rundfunkanstalt führte. Im Anschluss daran brachte sich die Mission in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden auf konstruktive Weise ein und unterstützte die Bemühungen des Managements, die Situation in den Griff zu bekommen und die Krise zu bewältigen.

Medienfreiheit. Im Jahr 2006 war die Mission Zeuge zweier wichtiger Ereignisse, die einen Durchbruch im Bereich der Medienfreiheit brachten. Das erste war der Erlass des *Gesetzes über den freien Zugang zu öffentlicher Information* im Januar. Die Mission arbeitete gemeinsam mit örtlichen Partnern am Aufbau von Kapazitäten für die neue, gesetzlich vorgesehene nationale Kommission und an der Entwicklung eines Instrumentariums für die Umsetzung.

In enger Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für Medienfreiheit und örtlichen Medieninteressenvertretungen veranstaltete die Mission eine hochrangige Konferenz über die Entkriminalisierung von übler Nachrede und Verleumdung, wobei kurz darauf das Strafgesetzbuch geändert und Gefängnisstrafen für diese Delikte abgeschafft wurden.

Missionsleiter:

Botschafter Carlos Pais
Revidierter Gesamthaushalt: € 10.386.200
www.osce.org/skopje